Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 11. September 1928 — Nummer 213

Brüske Ablehnung der deutschen Forderung

Scharfe Drohungen gegen die Sowjetunion / Provokationen Briands / Das Ende der Locarnopolitik

Eine Kriegsrede Briands

Berlin, 11. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Briand hielt in der gestrigen Vollversammlung des Völkerbundes eine Rede, deren historische Bedeutung unverkennbar ist. Seine Ausführungen waren mehr als eine brüske Zurückweisung der von Hermann Müller formulierten Forderungen Deutschlands und mehr als eine freche Drohung gegen die Sowjetunion. Sie bedeuten vielmehr — und darin ist alles andere eingeschlossen — den dokumentarischen Schlußstrich **unter die Locarnopolitik und die eindeutige Manifestation der neuen, durch das englisch-französische Bündnis eingeleiteten Politik**, die in ihrer sowjetfeindlichen Erklärung über Locarno hinausgeht und eine weitere Etappe in der Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion darstellt. Das Locarnoabkommen, verglichen mit dem englisch-französischen Abkommen, dessen Inhalt sich im wesentlichen ermitteln läßt, ist sehr elementarer Natur und bedeutet nach der durch den Ausgang des Krieges bedingten Umgruppierung der Mächteverhältnisse den ersten Versuch einer Wiederherstellung des „Gleichgewichts" in Europa. England, dessen Hegemonie noch unbestritten war, versuchte damals gegen das erstarkende Frankreich sich eine Art von Rückendeckung zu verschaffen, indem es Deutschland als Gegengewicht gegen Frankreich in den Locarno-Krieg- und Völkerbund hineinzog.

Nachdem Frankreich seine Position so verstärkt hat, daß es als die stärkste Kontinentalmacht auftreten kann, und der deutsche Imperialismus sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht an Gewichtsland zunimmt, sind der Locarnopolitik die Grundlagen entzogen. **Die Locarnogruppierung ist durch die Entwicklung überholt, und die Westmächte England und Frankreich zogen nur die Konsequenz aus dieser Tatsache, als sie sich zu einer „neuen Entente" zusammenschlossen, deren Spitze noch unzweideutiger als Locarno gegen die Sowjetunion gerichtet ist und die mit ungleich schwereren Druckmitteln die deutsche Bourgeoisie in die englisch-französische Antisowjetfront drängt.** Diese grundlegende Aenderung der politischen Situation in Europa hat Briand in seiner Genfer Rede klar umrissen.

Der französische Außenminister hat in Genf mit besonderer Schärfe über die Stellung Frankreichs gegen die Sowjetunion und gegen die deutschen Forderungen gesprochen. Briand wollte Hermann Müller wohl mit aller Klarheit zum Bewußtsein bringen: gegen Sowjetrußland gibt es nur den Krieg, und ihr habt euch demselben ohne Vorbehalten und bedingungslos anzuschließen.

Briand begann seine Rede mit einer diplomatischen Lobhudelei für den Völkerbund. Der Völkerbund bilde die einzige Sicherheitsgarantie, er werde immer Vertrauen zum Völkerbund haben. Dabei war Briands Rede ein einziger Schlag gegen den Völkerbund. Natürlich versicherte Briand, daß er unbedingt für den Frieden sei. Gleich darauf zeigte er aber durch seine unerhörte Drohung gegen die Sowjetunion, wie er diese Friedensliebe versteht. Der Pakt von Paris sei keine Rede gewesen, sondern eine Tat. Die Taten seien das wert, was die Völker aus ihnen machten. Aber man dürfe nicht von vornherein das Vertrauen in diese Tatsachen mindern. Briand wandte sich sodann der Abrüstungsfrage zu.

Es sei sehr leicht, nach Locarno und dem Kellogg-Pakt von einer völligen und sofortigen Abrüstung zu sprechen; z. B. ein großes Volk in Europa, das nicht zum Völkerbund gehöre und das den Kelloggpakt unterzeichnet habe, habe den Antrag auf volle Abrüstung gestellt. Dies sei aber mehr eine theatralische Geste.

Man müsse fragen, ob hier nicht beabsichtigt sei, jeden Krieg zu verhindern, oder nur den internationalen Krieg. Denn dieses Volk, das der Auffassung sei, daß es allein die obige Wahrheit vertrete, bereite einen anderen Krieg, den sozialen Krieg, vor, der nicht weniger furchtbar und nicht weniger blutig sein würde und der nicht geringere Verheerungen in der Welt hervorrufen würde als der Weltkrieg. Unter diesen Umständen sei es unmöglich, Maßnahmen zu treffen, um Europa von dieser Sicherung gegen diese Gefahr zu entblößen.

Unverblümt erklärt hier Briand, daß **gegen die Sowjetunion gerüstet wird, weil sie der Staat der sozialen Revolution** ist. Das Positive für die Arbeiter an dieser Rede ist, daß Briand die Kriegsrüstungen gegen Sowjetrußland offen eingesteht, daß er gleichzeitig erklärt, daß deswegen gerüstet wird, weil Rußland das Land der Arbeiter und Bauern ist. Es wird sehr gut sein, diese Erklärung Briands gegen die Rüstlandhetze der Sozialdemokraten zu unterstreichen.

Mit einer besonderen Schärfe wendete sich dann Briand gegen die Abrüstungsforderung Deutschlands. Die Erörterung des Abrüstungsproblems sei unmittelbar an die Behandlung des Sicherheitsproblems gebunden, und Fortschritte hierin hätten vielleicht in den letzten Jahren aus dem Grunde nicht erzielt werden können, **weil gewisse Staaten bestimmte, ihnen auferlegte Verpflichtungen nicht mit dem notwendigen guten Willen durchgeführt hätten. Die deutsche Regierung habe bekanntlich mit verschiedenen Strömungen der deutschen Oeffentlichkeit kämpfen müssen, und nicht immer folgten bekanntlich die Völker ihren Regierungen.**

Die deutsche Abrüstung sei jetzt eine Tatsache und Wahrheit. **Könne man jedoch im gegenwärtigen Augenblick wirklich ernsthaft behaupten, daß Deutschland völlig abgerüstet sei? Es treffe zu, daß Deutschland eine Armee von mehr als 100 000 Mann besitze. Dies sei eine Armee eigenartiger Natur, die aus Offizieren und Unteroffizieren bestände, und somit eine Kadresarmee darstelle.**

Wenn hinter dieser Armee ein Volk von der Größe und den unerschöpflichen Kraftquellen und Mitteln stände wie das deutsche Volk, **dann könnten noch unzählige Menschen mobilisiert werden.** Deutschland habe sich eine der ersten Handelsflotten der Welt geschaffen, da müsse man sich fragen, **ob nicht auch die gleichen Fabriken, die heute für den Frieden arbeiten, von einem Tag zum andern für den Krieg arbeiten könnten.** Ohne weiteres könnten diese Fabriken, die heute Friedenserzeugnisse herstellen, **die gefährlichsten Kriegsrüstungen herstellen.**

Briand beschönigt dann das englisch-französische Abkommen, er nennt dieses neue Kriegsbündnis ein Abkommen über die Durchführung von Abrüstungen. Er verteidigt dann den Kelloggpakt. Ohne Zweifel sind aber seine Ausführungen die schärfste Ablehnung der deutschen Forderungen. Ebenso wendet er sich in der Minderheiten- und Anschlußfrage scharf gegen Deutschland.

Diese Rede Briands rief großes Aufsehen hervor. Er beeilte sich darum, den Pressevertretern eine Erläuterung zu geben, in der er seine Ausführungen aber nur unterstrich. Die Abrüstungen gehen nur langsam. **Es gäbe kein Volk, das so abgerüstet sei, daß es keinen Krieg führen könne.**

Hinter der deutschen Kader-Armee stände ein unermeßliches Reservoir an Menschen. Die deutschen Fabriken könnten gleich wieder Kriegsmaterial herstellen. Briand erklärte nochmals, **für eine ernsthafte Abrüstung bestehen keine Aussichten.** Eine völlige Abrüstung sei überhaupt nicht möglich.

Unter dem Banner Naphtalis

Gegen den Marxismus

Von Willy Schneider, Freital

I.

Das Hamburger Rezept

Seit der letzten Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Breslau 1925 sind die reformistischen Walzen recht klapprig geworden. Die Praxis der Arbeitsgemeinschaftspolitik stieß auf immer stärkeren Widerstand. Das Schlichtungsdiktat trug dazu bei, die demokratischen Illusionen in den Köpfen der Arbeiter zu zerstören, den Widerwillen gegen das Unterdrückungssystem der kapitalistischen Republik immer mehr zu steigern.

Der Widerspruch zwischen dem durch die Rationalisierung ungeheuer geförderten Wachstum der Produktionskräfte und den verringerten Absatzmöglichkeiten hat keine neue Verwendung der freigesetzten Arbeiter zur Folge gehabt. Das Gegenteil trat ein von dem, was man bei der Einführung der Rationalisierung durch die Reformisten den Arbeitern erzählt hatte. Die permanente Arbeitslosigkeit ist zum ehernen Bestand der rationalisierten kapitalistischen Wirtschaft geworden. Die Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt treibt konsequent zu dem Versuch, durch die Steigerung der Arbeitsintensität und Verlängerung des Arbeitstages die Selbstkosten zu senken. Die Politik der Schleuderpreise zur Eroberung des Auslandsmarktes wird von dem Monopolkapitalismus zu ungeheurem Preiswucher im Inlande benutzt. Das aber bedeutet Verminderung der Konsumtionsfähigkeit der Massen und in der Folge einen relativ kurzfristigen Wechsel von Konjunktur und Krise. Die in den letzten drei Jahren in Deutschland mit allem Raffinesse durchgeführte Verbesserung der Produktionsmethoden hat das durchschnittliche Arbeitsergebnis auf den Kopf des einzelnen Arbeiters berechnet, gewaltig gesteigert, seinen Anteil an der Produktion, seinen Lebenshaltungsstandard entsprechend gesenkt.

In den breiten Massen der Arbeiter hat die tägliche Praxis der sozialen Kämpfe und das Versagen der reformistischen Gewerkschaftspolitik die Erkenntnis reifen lassen, daß jeder ernsthafte Kampf um die Erhöhung ihres Anteiles an der Produktion, die Steigerung der Lohnrate, nicht auf dem Wege über den kapitalistischen Klassenstaat und die Tätigkeit seiner Schlichtungsmaschinerie geführt werden kann. Immer klarer erkannten die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Notwendigkeit des Einsatzes der schärfsten gewerkschaftlichen und politischen Kampfmittel, durch Verbindung und Steigerung der zahlreichen Einzelkämpfe zum Klassenkampf gegen die Ausbeuterklasse. Der Gärungsprozeß und die unaufhaltsame fortschreitende Linksschwenkung der Arbeitermassen nahmen immer bedenklichere Formen an.

In dieser Situation tagte der ADGB-Kongreß in Hamburg. Die Führung des ADGB verkannte keineswegs ihre schwierige Lage. Es mußte etwas geschehen, um die Arbeitermassen auch weiterhin am reformistischen Gängelbande in den ausgefahrenen Gleisen der Klassenharmonie und des Wirtschaftsfriedens führen zu können. Die sozialverräterischen Quacksalber zerbrachen sich die Köpfe. Und welches ist nun das Hamburger Rezept? Es ist das alte Mittel von der „Demokratisierung der Wirt-

Betrugsmanöver gegen die Arbeiter

Heute Parteiausschuß der SPD / Zusammenarbeit zwischen Parteivorstand und Zentristen

Heute tritt in Berlin der Parteiausschuß der SPD zusammen. Auf der Tagesordnung stehen:

1. die Bewilligung der 2. Rate, 2. die Stellung zum Volksentscheid und 3. die Abhaltung des Parteitages. Nach Ablehnung der Beteiligung am Volksentscheid und nach einem Kompromiß über die Einberufung des Parteitages in den ersten Monaten des nächsten Jahres — die Leipziger Volkszeitung fordert als frühesten Termin den Januar 1929 — soll **ein zwischen dem Parteivorstand und den Zentristen abgekartetes Spiel aufgeführt werden.** Das Mittel dafür soll eine Resolution des Parteiausschusses sein, in der **scheinbar die Ablehnung der 2. Rate für den Panzerkreuzer von der Fraktion verlangt wird.** Mit diesem Beschluß wird besonders versucht werden, die Beteiligung der SPD-Arbeiter am Volksentscheid zu verhindern, **sowie die Hinausschiebung des Parteitages auf das kommende Jahr zu rechtfertigen.**

Wie das Manöver geführt werden soll, zeigt Ströbel im Sächsischen Volksblatt. Er erklärt, Mundspitzen helfe nichts, es müsse gepfiffen werden. Dann deckt er auf, daß die SPD sich überstimmen lassen, aber weiter regieren will. Er erklärt: **„Die sozialdemokratischen Minister kommen um die Mitverantwortung nicht mehr dadurch herum, daß sie sich im Kabinett überstimmen lassen."** Die Demokraten haben jetzt den Beschluß gefaßt, für die weiteren Raten zu stimmen. Ströbel schreibt weiter:

„Es wäre also möglich, daß die sozialdemokratischen Minister im Winter in einem vermutlich noch durch bürgerliche Minister erweiterten Kabinett den Schein wahren — nach der ersten Abstimmung muß man leider so sprechen! — und gegen die 2. Rate stimmen könnten, ohne den Panzerkreuzerbau und damit eventuell die Koalitionsregierung zu gefährden. Dann würde der Kreuzer ruhig zu Ende gebaut (die Kreuzer B, C, D folgten dem A so sicher, wie die 2., 3., 4. Rate der ersten), die sozialdemokratischen Minister aber blieben ebenso ruhig in dem Kabinett."

Ströbel erklärt dann, das genüge nicht. Die Arbeiter werden damit nicht zufrieden sein. Er verlangt von dem Parteiausschuß mehr als die Zusicherung, gegen die zweite Rate zu stimmen. Hier decke einer den anderen. Mit diesem Unfug müsse aufgeräumt werden. Soweit ganz nett. Der Parteivorstand wird aber gerade das machen, was Ströbel hier verurteilt. Ströbel und die anderen Zentristen werden weiter räsonieren, aber keine Schlußfolgerungen ziehen. Hier aber liegt die Aufgabe der Zentristen und das Doppelspiel zwischen Parteivorstand und diesem. Während die Partei unentwegt den nationalistisch-imperialistischen Kurs steuert, haben die Zentristen die Aufgabe, die Arbeiter an die Partei zu binden, indem sie ihnen vortäuschen, daß sie die Parteipolitik umstellen könnten.

So arbeiten Vorstand und Zentristen zusammen für die Imperialisten, gegen die Arbeiter.

Die Berliner demokratische Presse weiß mitzuteilen, daß die Beteiligung an dem von den Kommunisten beantragten Volksentscheid vom sozialdemokratischen Parteiausschuß einstimmig abgelehnt werden wird. Severing wird an der Sitzung teilnehmen.

SLUB
Wir führen Wissen.

schaft", mit dem man schon im Jahre 1919 die empörten Massen zu beruhigen versuchte. Und was selbst der bürgerliche Professor Hermberg in Breslau ablehnte, das braute der junge Mann Leiparts, Herr Naphtali, mit einer stärkeren Dosis antimarxistischer Bulgärökonomie und demokratischen Illusionen zusammen. Tarnow aber pries den ausgesiebten Delegierten des ADGB-Kongresses das Surrogat des Klassenkampfes als „echten Marxismus" an. Mit Naphtali-Oel geschmiert, soll das abgeleierte ADGB-Getriebe wieder ins Laufen gebracht werden.

Mit dem alten Gift des Sozialverrates, mit der Illusion von der „Wirtschaftsdemokratie", soll der allgemeinen Enttäuschung der Massen über die von den reformistischen Gewerkschaftsführern gepredigten, in Wirklichkeit aber ausgebliebenen Rationalisierungserfolge, ein neues Idol entgegengestellt werden. Schon auf dem Breslauer Kongreß der freien Gewerkschaften hat Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, in dankenswerter Offenheit die psychologischen Hintergründe des wirtschaftsdemokratischen Schwindels als des großen zentralen Zieles der Reformisten dargelegt. Tarnow erklärte zur Frage der Wirtschaftsdemokratie in Breslau folgendes:

„Jeder von uns weiß nun, wenn er sich die Entwicklung der letzten Jahre ansieht, daß im Seelenleben der deutschen Arbeiterbewegung etwas gebrochen ist. Eine Illusion ist geplatzt. Das, woran man Jahrzehnte geglaubt hat, **wenigstens in den Massen** (!!!), indem man meinte, an dem Tage, an dem wir die politische Macht erringen würden, würde es ein Kinderspiel sein, die letzten Ziele unserer Bewegung zu verwirklichen, ist nicht in Erfüllung gegangen.

Die Enttäuschung darüber ist der innere Unglaube der deutschen Arbeiterbewegung in den letzten Jahren gewesen. Zehntausende, nicht die schlechtesten, haben es einfach nicht ertragen können, **kein Ideal mehr zu haben.** Sie sind aus dieser Enttäuschung in eine neue Illusion hineingeflüchtet, weil sie es innerlich mußten. Auch unsere Gewerkschaftsbewegung hat darunter gelitten. Es ist schon notwendig, zu fragen, ob das so bleiben muß, **ob wir nicht in unserer Arbeiterbewegung und ganz besonders in unserer Gewerkschaftsbewegung eine Ideologie hineinbringen (!!) können, an die die Massen glauben (!!) können, — ein Ideal, — die Wirtschaftsdemokratie."**

So hat Tarnow damals ausgesprochen, was der Zweck der Uebung war: Die Täuschung der Massen über den Bankrott der reformistischen Politik, mit Hilfe neuer Illusionen, — die Wirtschaftsdemokratie, die Herr Naphtali als den demokratischen, garantiert ungefährlichen Weg zum Sozialismus deklarierte. Mit sozialistischen Phrasen verbrämt soll die Wirtschaftsdemokratie zu einer Rettungsaktion für die kapitalistische Ordnung werden, soll das Wachstum der revolutionären Erkenntnis, und damit die Steigerung der politischen Kampfkraft der Arbeiter verhindern. In der Erfüllung dieser Aufgaben herrscht im Lager der an dem Bestand des kapitalistischen Staates interessierten, mit ihm verwachsenen Reformisten, vollkommene Uebereinstimmung. Darüber vermögen auch die geringen Vorbehalte und die mit scheinradikalen Worten verkleidete Stellungnahme der zentristischen Linken in Sachsen nicht hinwegtäuschen. Das vollkomene grundsätzliche Einverständnis dieser linken Opportunisten mit der in Hamburg erneut proklamierten Politik der Wirtschaftsdemokratie werden wir auf Grund der Stellungnahme der Sächsischen SPD-Presse, in einem weiteren Artikel besonders nachweisen.

Der Stinnes-Skandal

Mühlheim a. d. Ruhr, 11. Sept. (Eig. Drahtmeldung.)

Bei verschiedenen westdeutschen Bankunternehmungen haben im Auftrag der Berliner Staatsanwaltschaft Erhebungen über die Kriegsanleiheaffäre stattgefunden, ebenso Erhebungen bei Persönlichkeiten der rheinisch-westfälischen Industrie. Ueber das Ergebnis der Erhebungen ist bisher nichts bekannt.

Wachsende Empörung der katholischen Arbeiter

Magdeburg, 11. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Ende des Magdeburger Katholikentages sprach auch der Verbandssekretär Letterhaus. Wenn auch durch die religiöse Grundstellung gedämpft, gab er **der tiefen Unzufriedenheit der katholischen Arbeiter Ausdruck.** Der Eindruck dieser Rede war so stark, daß der Präsident Löwenstein und der frühere Reichskanzler Marx sich gedrängt fühlten, den Arbeitern zu versichern, wie gut sie es mit ihnen meinten. Die Arbeiter aber sollten nicht glauben, alles aus eigener Kraft vollbringen zu können. Auch die Rede des Abgeordneten Joos in der Schlußversammlung trug eine starke soziale Note.

Brockdorff-Rantzau

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von Brockdorff-Rantzau, ist Sonnabend in Berlin plötzlich gestorben. 1922 wurde er zum deutschen Botschafter in Moskau ernannt und bekleidete diesen Posten bis zu seinem Tode.

Brockdorff-Rantzau war der Vertreter jener Schichten der deutschen Bourgeoisie, die die Vorteile der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion erkannt haben und an der Aufrechterhaltung und am Ausbau dieser Beziehungen interessiert waren. Persönlich war er ehrlich bestrebt, Deutschland vom sowjetfeindlichen Kurs abzuhalten und hatte sicherlich einen nicht geringen Anteil daran, daß diese Tendenzen bisher nicht mit jener Aggressivität zum Ausdruck kamen, die den Wünschen des englischen Imperialismus und seiner deutschen Verbündeten und Agenten entsprochen hätten. Indessen konnte die diplomatische Tätigkeit Brockdorff-Rantzaus an der immer klarer sich entwickelnden Westorientierung des deutschen Imperialismus nichts ändern. Es war eine Illusion von Brockdorff-Rantzau und einiger anderer Vertreter der deutschen Bourgeoisie, zu glauben, daß ein kapitalistisches Deutschland auf die Dauer eine vom Westimperialismus unabhängige Politik gegenüber der Sowjetunion befolgen würde.

Je mehr der deutsche Imperialismus erstarkte, um so klarer zeigte es sich, daß diese Illusionen im Widerspruch zur gesamten internationalen politischen Lage, im Widerspruch zur Verschärfung der Beziehungen zwischen dem Arbeiterstaat und der kapitalistischen Welt standen. Der Dawes-Pakt, Locarno, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund waren die einzelnen Etappen zur Liquidierung jener Außenpolitik, die Brockdorff-Rantzau fördern zu können glaubte. Der Abbruch der wirtschaft-

lichen Verhandlungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die Aeußerungen Gröners über die Verwendung des Panzerkreuzers A „gen Osten", das heißt gegen die Sowjetunion, die Verbotshetze gegen den RFB, die von Keudell eingeleitet wurde und von Severing fortgesetzt wird, waren weitere alarmierende Symptome für den sowjetfeindlichen Kurs der ausschlaggebenden Teile der deutschen Bourgeoisie. Daß damit der Tätigkeit Brockdorff-Rantzaus, die auf eine Aufrechterhaltung der wirklichen und nicht nur vorgetäuschten Neutralität Deutschlands im Kampfe des Westimperialismus gegen die Sowjetunion gerichtet war, immer engere Grenzen gezogen wurden, ergab sich aus der Situation von selbst. Im Zusammenhange mit der Eingliederung der deutschen Außenpolitik in die Front des Völkerbundsimperialismus wurden die Tendenzen, Brockdorff-Rantzau von seinem Posten zu entfernen, ebenfalls immer stärker. Der durchaus bürgerliche Diplomat wurde von der Presse des Bürgerblocks mit Vorliebe als ein Schwächling bezeichnet, der die Interessen Deutschlands nicht mit der genügenden Energie in der Sowjetunion vertrete. Die Intrigen im Auswärtigen Amt, die seine Abberufung aus Moskau zum Ziele hatten, hörten aber auch nach der Wahlniederlage des Bürgerblocks nicht auf. Im Gegenteil. Ein Teil der deutschen bürgerlichen Presse, der dem Kabinett der Köpfe nahe stand, lancierte hartnäckig Gerüchte, daß Brockdorff-Rantzau nicht mehr nach Moskau zurückkehren werde. **Sein Tod wird den sowjetfeindlichen Kreisen in Deutschland den willkommenen Anlaß geben, um eine Besetzung des deutschen Botschafterpostens in Moskau zu fordern, die mit der „allgemeinen Linie", das heißt mit dem westimperialistischen Völkerbundkurs der deutschen Außenpolitik im Einklang stehen soll.**

Daran wird auch die gegenwärtige außenpolitische Isolierung Deutschlands das Schwanken zwischen der Anlehnung an Amerika oder an den englisch-französischen Block nichts ändern. Insbesondere wird die deutsche Sozialdemokratie, die am Kriegskurs gegen die Sowjetunion nach wie vor festhält und ihn zu forcieren bestrebt ist, dafür sorgen, daß die sowjetfeindliche Spitze der Außenpolitik der Koalitionsregierung nicht abgebogen wird. Es ist nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich, daß die außenpolitische Isolierung, in der sich der deutsche Imperialismus befindet, diesen zu verschiedenen Manövern veranlassen wird. Eines dieser Manöver wird die Drohung mit der Herstellung engerer Beziehungen zur Sowjetunion sein. Das Auftreten Müllers in Genf brachte aber wieder einmal den Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie, nicht zuletzt von ihrem tödlichen Haß gegen den Arbeiterstaat im Osten geleitet, den Ausweg aus der jetzigen Sackgasse in der noch engeren Anlehnung an den englischen Imperialismus sucht. In den Cliquenkämpfen, die jetzt um den Posten eines Außenministers sowie um die leitenden Posten im Auswärtigen Amt überhaupt entbrannt sind, wird die Besetzung des deutschen Botschafterpostens in Moskau ebenfalls eine nicht unbedeutende Rolle spielen, und in diesen Cliquenkämpfen wird die Sozialdemokratie ihren Einfluß zweifellos im Sinne einer Verstärkung des Panzerkreuzerkurses, das heißt des sowjetfeindlichen Kurses, benutzen. Das deutsche Proletariat weiß sehr gut, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion letzten Endes nicht von diplomatischen Intrigen, nicht von der Personalbesetzung der diplomatischen Posten, sondern von den Klassenkräften und Klassenzielen abhängen. Das deutsche Proletariat weiß auch, daß ein kapitalistisches Deutschland gegenüber der Sowjetunion auf die Dauer nur eine imperialistische, das heißt eine Kriegspolitik betreiben kann, daß der Friede nur durch den Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft und die Errichtung der proletarischen Macht in Deutschland gesichert werden kann. Das soll aber die deutsche Arbeiterschaft nicht abhalten, die jetzigen Intrigen und Cliquenkämpfe um den Kurs der deutschen Außenpolitik mit wachsamen Augen zu verfolgen. Die Mobilisierung der arbeitenden Massen zum Kampfe gegen den Panzerkreuzerkurs durch die Volksentscheidkampagne ist zugleich ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialdemokratische imperialistische Geheimdiplomatie, die nur eines der Mittel des Panzerkreuzerkurses ist.

Zuspitzung in Genf

Paris, 11. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Der „Intransigeant" stellt fest, daß der Reichskanzler Müller, den Genfer Gepflogenheiten zuwider, Briand beim Verlassen der Tribüne weder zu seinem rhetorischen Erfolg beglückwünschte, noch ihm die Hand gereicht hatte. Die deutsche Delegation enthielt sich jeden Zeichens von Beifall während und nach der Rede Briands.

Gestern teilte TU mit, daß Briand mit Müller gleichermaßen verfahren sei. Dieses gegenseitige Verhalten der Minister zeigt die gespannte Lage. Wie die Dinge liegen, zeigt sich auch noch darin, daß die lange hinausgezogene Besprechung der Belastungsmächte nun mit größter Beschleunigung angesetzt wird. Diese Spannungen gehen über Genf hinaus. Sie bedrohen Europa mit neuer Kriegsgefahr. — Für die Arbeiter gilt es, bereit zu sein!

Die Presse zur Rede Briands

Paris, 11. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Im „Petit Parisien" wird erklärt, Briand habe eine realpolitische Rede gehalten, die nach den auf billigen Beifall berechneten Ausführungen Müllers die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auf einen neuen Boden stellt. In Zukunft werde man genötigt sein, die Probleme, die heute noch Frankreich und Deutschland voneinander trennen, in durchaus loyalem Geist und ohne Illusionen zu behandeln.

*

Berlin, 11. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Berliner Morgenpresse stellt zu dem Interview, das Briand nach seiner gestrigen Rede den Genfer Journalisten gab, fest, daß Briand von seiner Rede nichts zurückgenommen hat, sondern nur versuchte, den bitteren Nachgeschmack seiner Worte etwas abzumildern.

Linkisches

Heinrich Ströbel zog in einem Artikel gegen die sozialdemokratische Rüstungspolitik zu Felde. Viele „linken" Zeitungen haben diesen Artikel gebracht. Im Namen des Sozialismus wird gegen den Imperialismus der SPD gekämpft — aber wie sieht dieser Sozialismus der „Linken" aus? Er gleicht dem defaitistischen Pazifismus wie ein faules Ei dem anderen.

Ströbel bringt folgenden hahnebüchenen Satz zu Papier:

„Wenn Deutschlands Nachbarn noch immer unter einem drückenden Angstgefühl leben und sich demgemäß (!) durch entsprechende Rüstungen zu schützen suchen, so erklärt sich das doch wohl in einem gewissen Grad aus der furchtbaren Tatsache, daß die letzten drei großen europäischen Kriege — von 1866, 1870 und 1914 — durch Deutschland heraufbeschworen worden sind."

Durch Deutschland! Und sowas will Sozialist sein! Also nicht durch den Imperialismus, durch die normale Funktion des monopolistischen Kapitalismus, werden Kriege erzeugt, sondern durch die subjektive Schuld irgendeiner bestimmten, besonders bösartigen Ausbeuterklasse! Das ist keine sozialistische Stellung. Nach der — wissenschaftlich exakten — sozialistischen Lehre entspringt der Imperialismus den internationalen Konkurrenzbedingungen des monopolistischen Kapitalismus, ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, die nicht von subjektiven Wünschen und Einflüssen abhängig sind. Genau so wenig, wie das kapitalistische System jeden einzelnen Kapitalisten, der aus subjektiven Gründen auf einen Teil und auf einzelne Formen der Mehrwertaneignung verzichtet, konkurrenzfähig macht und damit als Kapitalisten ruiniert, genau so würde eine kapitalistische Nationalwirtschaft konkurrenzunfähig gemacht und ruiniert werden, wenn sie auf einzelne Formen des internationalen Wettbewerbs verzichten würde, die in der Epoche des monopolistischen Kapitalismus (Finanzkapitalismus) typisch sind. Der Krieg ist eine Form finanzkapitalistischen Krisenaustrags — nicht subjektives Verbrechen dieser oder jener Kapitalistenklasse. In bestimmten, sich zwangsläufig entwickelnden Stadien gibt es keine Möglichkeit des freiwilligen Verzichts auf diesen Austrag seitens kapitalistischer Staaten.

Deshalb ist die Verseuchung der Arbeiterklasse mit solchen Illusionen, wie sie Ströbel produziert, genau so ein Krebsschaden für das Proletariat wie die „Wirtschaftsdemokratie" der Naphtali, Tarnow, Leipart u. Co. Die deutschen Ausbeuter sind keine schlimmeren oder besseren Ausbeuter als die französischen oder englischen oder amerikanischen. Die Ursache liegt im System und kann nur ausgerottet werden durch die gewaltsame Verwandlung des Imperialismus in den Sozialismus, die zur Voraussetzung hat die revolutionäre Eroberung der politischen Staatsmacht und die Zertrümmerung der entscheidenden Machtapparate des kapitalistischen Staates.

Jedes Abweichen von dieser sozialistischen Linie, die nur der Kommunismus verfolgt, ist bürgerlich pazifistisches Geschwätz und stärkt die Imperialisten, weil es die Arbeiter von der Erkenntnis der Mittel abhält, mit denen sie die Kriegsgefahr überwinden können und werden.

Die Rebellion in der SPD

In Rasberg (Bez. Halle) trat der 65jährige, seit über 40 Jahren in der SPD organisierte Genosse Funke mit dem Ersuchen an unsere Ortsgruppe, ihn in die Kommunistische Partei aufzunehmen. Der Uebertritt dieses ergrauten Sozialdemokraten ist um so höher einzuschätzen, als die SPD plante, ihm am kommenden Sonntag auf dem Parteifest der SPD in Zeitz für seine jahrzehntelange Mitgliedschaft in der SPD eine besondere Ehrung zuteil werden zu lassen. Funke erklärte: „Darauf verzichte ich."

In Hermsdorf in Thüringen fand eine Mitgliederversammlung der SPD statt. Die BL der SPD wagte aber nicht, den Bericht in der Ausgabe für Jena und Weimar, des „Volks" zu veröffentlichen. Der Referent Rauch erklärte in der Versammlung, ein Sturm der Entrüstung geht durch die Parteigenossenschaft. Der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Martin erklärte in einer Versammlung, die große Parteigenossenschaft sei heute noch zu viel koalitionsfreundlich eingestellt. Der Beschluß der Parteiinstanzen treffe nicht das Richtige. O. Plötner verlangte, daß die vier Ministergenossen kein Mandat mehr annehmen und auch keinen Ministersitz mehr zieren dürften. Tuma forderte: heraus aus der Koalition, ebenfalls Krause. Zschätzsch forderte eine besondere Thüringer Konferenz. Mit der Forderung auf Ausschluß der vier Minister sei es nicht getan, die gesamte Partei müsse ideologisch umgestellt werden. Die von der Bezirksleitung vorgelegte Entschließung wurde als nicht weitgehend genug abgelehnt und eine Entschließung angenommen, die fordert: „Keine weiteren Koalitionen einzugehen. Die vier Ministergenossen dürfen nicht wieder Reichstagskandidaten sein und auch kein Ministeramt mehr übernehmen."

In der Mitgliederversammlung in Greiz führte Herzog aus: Der Jammer geht so weit, daß schon Kinder merken, daß hier etwas nicht mehr stimmt. Man muß den Rücktritt der Minister verlangen. Aute erklärte, das Umfallen sei diesmal noch schlimmer als 1914. Der Gewerkschaftssekretär Farr rief verzweifelt:

„Wie soll man jetzt Mitglieder für Partei und Leser für die Zeitung gewinnen?" Hartmann erklärte: „Die Handlungsweise der Minister, besonders Hermann Müllers, ist nicht frei von persönlichem Ehrgeiz." Er forderte den Ausschluß aus der Partei.

Und so drunter und drüber geht es in der gesamten Thüringer SPD.

In der Mitgliederversammlung Werda wurde die Resolution des Bezirksvorstandes als nicht weitgehend genug zurückgestellt, und ein Appell an alle Ortsgruppen der SPD gerichtet, Proteste gegen den Panzerkreuzerbeschluß zu fassen.

In der Mitgliederversammlung in Gera wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der bündigste Beweis erbracht sei, daß die fernere Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung für die Partei untragbar sei.

Die zentristischen Führer der Thüringer SPD können die große Unzufriedenheit und Enttäuschung ihrer Anhänger nicht mehr meistern. Alle ihre linken Manöver sind durchschaut. Am Mittwoch fand in Erfurt eine Konferenz dieser „Linken" statt, an der Dietrich, Rosenfeld, Toni Sender und verschiedene andere „Linke" aus dem Reich teilnahmen. Die Thüringer SPD-Presse schweigt diese Konferenz tot und bringt auch keinen Bericht über die sehr interessanten Bemerkungen, die dort unter anderem Dietrich über den Koalitionsfimmel der rechten Sozialdemokraten in Thüringen macht.

Oppositionelle Fabrikarbeiter!

Heute, Dienstag, den 11. September, im Restaurant Findeisen, Theaterstraße

sehr wichtige Versammlung

Dresdner Metallarbeiter

Heute, Dienstag, den 11. September, spricht um 18,30 Uhr im Volkswohlsaal (Trianon) **der Vorsitzende des DMV, Brandes,** in einer **Mitgliederversammlung** des DMV über

Wirtschaftsdemokratie

Zu dieser Versammlung ist **jedes Mitglied** berechtigt. **Das Mitgliedsbuch dient als Ausweis.** — Oppositionelle Metallarbeiter! Besucht alle diese wichtige Versammlung!

Opposition des DMV.

Arbeiterstimme

Nr. 213
4. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Der Pariser Pakt, die Imperialisten und die Sowjetunion

Leitartikel der „Prawda" vom 6. September

Die Mitteilung der Regierung der Sowjetunion, in der sie ihre Bereitschaft erklärt, den Kellogg-Pakt zu unterzeichnen, wird von allen Freunden und Feinden, in den Arbeitervierteln ebenso eifrig wie in den Kabinetten der internationalen Geheimdiplomatie ausführlich besprochen. Die Note des Gen. Litwinow über die Haltung der Sowjetregierung zum Kellogg-Pakt wird zu Recht als ein internationales politisches Ereignis von größter Bedeutung gewertet.

Die Arbeiter und werktätigen Bauern der Sowjetunion wissen, daß die Regierung der Sowjetunion eine konsequente, feste und entschiedene Friedenspolitik führt. Wie überhaupt die internationale Politik der Sowjetunion, so entspricht auch die Antwort der Sowjetregierung auf den Kellogg-Pakt ganz und gar den Interessen der Werktätigen. Sie erkennen in dieser Note einen Teil jener Friedenspolitik, der Politik der Abrüstung, die die Sowjetunion führte trotz des wütenden Widerstandes des Imperialismus und der Verleumdungen der Sozialdemokratie immer führen wird. Es steht außer jedem Zweifel, daß dieser Schritt der Sowjetregierung die ganze Zustimmung der werktätigen Massen finden wird. Sahen sich doch die Imperialisten größtenteils gerade durch den Druck der Werktätigen genötigt, auch die Sowjetregierung formell einzuladen. Es kann nicht in Zweifel gezogen werden, daß unser Programm des Friedens und der Abrüstung so wie bisher auch in Zukunft die lebhafteste Unterstützung der Arbeiter der kapitalistischen Länder haben wird, die den wirklichen Wert des Friedensgeschwätzes „ihrer" Regierungen kennen.

Wie äußerte sich die offizielle „öffentliche Meinung" der kapitalistischen Länder, d. h. was sagte die kapitalistische Weltpresse dazu? Zunächst einmal können wir feststellen, daß unsere Antwort fast überall den Eindruck einer „Sensation" hervorrief. **Den „solidesten" europäischen und amerikanischen Zeitungen blieb bei dieser „Ueberraschung" die Sprache weg; die Mitteilung über unsere Note wurde ohne irgendwelche Kommentare veröffentlicht.** Man merkte deutlich, daß wir mit unserer Antwort ins Schwarze trafen und das Netz der diplomatischen Strategie zerrissen, mit dem die Imperialisten die Sowjetunion sorgfältig umspannten. Einige Zeitungen lassen sich über das „geschickte Vorgehen" der Sowjetunion, über die „Gerissenheit" der bolschewistischen Regierung aus, ohne imstande zu sein, zu dem Wesentlichen unserer Stellungnahme irgend etwas von Belang sagen zu können. Ein Teil der Presse, vor allem die liberale und sozialdemokratische, bemüht sich, unser Vorgehen pharisäisch „umzudeuten", indem sie erklärt, **die Sowjetregierung habe sich nunmehr „doch endlich einmal" dazu entschlossen, für den Frieden Sorge zu tragen,** um den sich bisher doch nur die imperialistischen Wohltäter im Schweiße ihres Angesichts bemühten. Diesen Herren war es immer eigen, Schwarz Weiß zu nennen oder umgekehrt, die Imperialisten als die edlen Vorkämpfer des Friedens, das proletarische Land aber als böswilligen „Friedensstörer" zu bezeichnen. Schließlich setzte die am wenigsten zurückhaltende reaktionäre Presse derjenigen Länder, deren „Vorbehalte" die Sache des Friedens ebenso unterhöhlen wie der Strang den Gehenkten, aufs neue mit einer wilden Kampagne gegen die Sowjetunion ein. Diese Presse vergleicht den Beitritt der Sowjetunion zum Kellogg-Pakt mit dem Einbrechen des Wolfes in der Schafherde, und natürlich fällt bei diesem anschaulichen Vergleich die Rolle der unschuldigen Schäflein den bis zu den Zähnen bewaffneten imperialistischen Mächten zu.

Gerade diejenigen, die am eifrigsten bemüht waren, den Pakt zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion auszunützen, hielten mit der Aeußerung ihrer unverhohlenen „Unzufriedenheit" mit unseren Beschlüssen nicht zurück. Das offizielle polnische Organ „Polska Zbrojna" ereifert sich vor allem gegen den „kriegerischen Ton" eines in einer unserer Zeitungen veröffentlichten Leitartikels zur Frage des Kellogg-Paktes. Wir verstehen recht wohl, daß der „Ton" der Prawda, der unveränderlich kriegerisch war, ist und sein wird, den polnischen Abenteurern und Militaristen nicht gefällt, denn ihr „kriegerischer Ton" ist der der Friedensstörer, der Würger des polnischen Proletariats und der nationalen Minderheiten. Unser kämpferisches Friedensprogramm, das Programm der Abrüstung, **für das wir bisher immer eingetreten sind** und auch nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes eintreten werden, muß diesen Herren und ihren „hohen Beschützern" mißfallen. Das hindert jedoch die proletarische Regierung nicht im geringsten, ihr Programm und ihre Friedenspolitik hartnäckig durchzuführen. Wir gaben ohne zu zögern unsere Beurteilung der international-politischen Bedeutung des Paktes zur Kenntnis. Wir wissen, daß die Urheber dieses Paktes es darauf abziehen, aus ihm eine Waffe für den Kampf gegen die Sowjetunion zu machen. Wir haben auch nach der Unterzeichnung des Paktes durch uns, allen Anlaß zu der Annahme, daß eine Reihe von Mächten, die „Helden der Vorbehalte" bestrebt sein werden, diese „Vorbehalte" gegen uns auszunützen. Von dieser Beurteilung des Paktes gehen wir auch nicht ein Jota auf. Mit der Erklärung unseres Beitrittes zu dem Pakt behalten wir in vollem Umfange unsere politische Linie in den grundlegenden Fragen des Friedens und des Krieges aufrecht und weichen von unserem realen Friedensprogramm nicht ab.

Wir waren und sind uns auch über die anderen internationalen politischen Triebkräfte des Paktes, die die gegenseitigen Beziehungen innerhalb des kapitalistischen Lagers betreffen, völlig im klaren. Der gesamte internationale politische und diplomatische Kampf um den Pakt bewegt sich um die zentrale Achse des britisch-amerikanischen Antagonismus. Der Pakt ist ein Mittel, um den Völkerbund, der trotz der Lobhudeleien der sozialdemokratischen Häuptlinge mit jedem Tage mehr zu einem eigenartigen „nicht begrabenen Leichnam" wird, von den Vereinigten Staaten auf die Knie zu zwingen und gerade die jetzt eröffnete Tagung des Völkerbundes bestätigt diese Charakteristik vollauf. Die „Vorbehalte" Großbritanniens und Frankreichs, die wir unermüdlich auch nach unserer Unterzeichnung anprangern wollen, betrachten wir als das antiamerikanische Gegenspiel der europäischen Mächte mit Großbritannien an der Spitze.

Durch unsere Beitrittserklärung **legen wir die Imperialisten auf die allerdings rein formellen und offensichtlich doppelsinnigen Verpflichtungen vor der „öffentlichen Meinung" fest,** die der Pakt allen unterzeichneten Mächten auferlegt. Alle werden sehen, wie man selbst diese nichtssagenden Verpflichtungen mit Füßen treten und wer sich systematisch gegen sie vergehen wird.

Mit der Erklärung unserer Bereitschaft, den Pakt zu unterzeichnen, **identifizieren wir unser Programm des wirklichen Friedens in keiner Weise mit dem durch und durch verlogenen und unaufrichtigen „Friedensprogramm", das die bis an die Zähne gerüsteten und blutdürstigen Imperialisten auf ihre Fahne geschrieben haben.**

Ihr hochtönendes Gerede über den Frieden und ihre „Vorbehalte", die alles, was man sich überhaupt „vorbehalten" kann, zunichte machen, sind Lügen, sind Mittel zur Täuschung der Massen, sind Waffen zur Vorbereitung des Krieges. Der Inhalt unserer Note **bringt diesen organischen Makel des Paktes an den Tag.**

Die „Handlungsfreiheit", die jede den Pakt unterzeichnende imperialistische Macht sich in vollem Umfange vorbehält, ist nichts anderes **als die Freiheit, die kleinen Nationen, die unterdrückten Völker und die von den Starken versklavten Schwachen zu würgen,** ist nichts anderes als die Freiheit, **zu besetzen, mit Waffengewalt einzuschreiten, zu „strafen",** mit **Kanonen zu argumentieren, sich zu bewaffnen und Krieg zu führen.** Indem wir diesen Pakt unterzeichnen, behalten wir uns völlige Handlungsfreiheit vor, **um in der Richtung des Kampfes für den wirklichen Frieden und für die Abrüstung zu wirken.**

Ihr Pseudopazifismus soll nur den Militarismus verdecken. Wir treten für den Kampf gegen den Imperialismus, für den Kampf um die Abrüstung als einzig reale Friedensgarantie ein.

Ihr Programm verdeckt die stillschweigende „Sanktion": **Rüste dich zum Kriege!** Unsere Parole lautet: **Abrüstung für den Frieden!** Wenn wir gewillt sind, den Pakt zu unterzeichnen, so sind wir durchaus nicht der Ansicht, daß damit eine neue „Aera" beginnt. Wir überlassen es den Sozialdemokraten, darüber zu schwatzen. **Wir glauben an keine „Friedens"wunder,** solange die imperialistische Ordnung noch besteht. Wir wissen, daß die Imperialisten alle Versprechen, die sie selber gegeben haben, brechen werden. Schon Tausende von Malen sind sie ähnliche Verpflichtungen eingegangen und haben schriftlich ähnliche „Versprechungen" gegeben. Auch jetzt in diesem Augenblicke treten sie diese mit Füßen (China, Nikaragua, Polen-Litauen, das Rheinland).

Mit dem Kellogg-Pakt wollten die Imperialisten die Sowjetunion gleich von zwei Seiten her bedrängen: sie kompromittieren und zugleich auch belügen.

Die Imperialisten hatten die Sowjetunion zuerst nicht aufgefordert, um vor den Massen durchblicken zu lassen: wir behandeln hier die große Frage des ewigen Friedens, wir verbieten auf immer das Kriegführen, — die Sowjetunion aber ist nicht dabei. Und das deshalb, weil sie mit der Sache des Friedens nichts gemein hat.

Diese „Strategie" hat sehr bald Schiffbruch erlitten. Die Massen erkannten bald die wirkliche Sachlage und begriffen, daß ein solcher Pakt ohne die Sowjetunion nichts anderes als ein Pakt gegen die Sowjetunion sein kann. Das Interview des Genossen Tschitscherin, das auf die imperialistischen Strategen wie eine kalte Dusche wirkte, hat dieses ganze Rechtsspiel bis aufs letzte entlarvt.

Dies hatte zur Folge, daß die Imperialisten der Sowjetunion eine Einladung zukommen ließen. Sie stellten dabei folgende Ueberlegung an: Man sehe nur, — jetzt laden wir die Sowjetunion zur Unterzeichnung des Paktes ein und jetzt macht sie nicht mit. Es versteht sich: die Sowjets sind gegen den Frieden.

Aber auch beim zweiten Versuch mißglückte den Imperialisten ihr provokatorisches Spiel. Wir erklärten unsere Bereitschaft, den Pakt zu unterzeichnen; vor allem aber erklärten wir uns im Gegensatz zu den Imperialisten **nicht** für ein Lippenbekenntnis für den Frieden, sondern **für den Frieden als Tat.** Wir schlagen vor, **unser Abrüstungsprogramm zu behandeln und durchzuführen.** Auf diese Weise stellen wir den imperialistischen Betrug wiederum bloß.

Wollen wir den Frieden, — dann laßt uns viel darüber schwatzen, um den Krieg ungestört vorbereiten zu können. Das ist die wirkliche Linie der Imperialisten. **Wollt ihr den Frieden, so rüstet ab! Das ist unsere Linie.** Die Tatsache, daß wir unsere Bereitschaft, den Pakt zu unterzeichnen, erklärten, kann die prinzipielle Gegnerschaft der beiden Einstellungen nicht verwischen oder vertuschen.

Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion kennen die Politik ihrer Regierung. Sie stellen sich in der Frage des Kellogg-Paktes voll und ganz auf ihre Linie. Mit unermüdlicher Wachsamkeit werden sie verfolgen, wie unsere Diplomatie, gestützt von den Millionenmassen, überall, selbst unter den schwersten Bedingungen die Sache des Friedens verteidigen wird. Unsere Brüder im Auslande, die unter dem Joch des Imperialismus stöhnen, werden ebenso wie alle Arbeiter und Bauern in den Fragen des Friedens und des Krieges nur einer einzigen Politik, der Politik des proletarischen Staates vertrauen, zu dessen Verteidigung sie sich bei dem ersten Versuche, unseren Kampf für den Frieden gewaltsam zu stören, erheben werden.

Der Panzerkreuzer als Symbol

Und wer in die Volksentscheidungsfront gehört

E. K. „Die Kommunisten wollen gar nicht den Panzerkreuzerbau verhindern; sie wissen selbst, daß sie die notwendige Stimmenzahl nicht aufbringen können und betreiben mit dem Volksentscheid nur ihr Parteigeschäft."

Was aber soll wirklich die Volksentscheidbewegung?

Was war beim Fürstenvolksentscheid?

Glaubte damals jemand ernsthaft an die Möglichkeit, die notwendige Stimmenzahl zu erreichen? Nein, das erschien von vornherein ausgeschlossen. Glaubte damals irgend jemand, daß durch die notwendige Stimmenzahl die Fürsten tatsächlich enteignet worden wären? Nein, denn die Mehrheit bedeutet noch lange nicht tatsächliche Macht. Um was handelt es sich also?

Das „Parteigeschäft" der Kommunisten bestand darin, die allgemeine Rechtsbewegung zu stoppen und umzubiegen, die der Klassenverrat der SPD in Deutschland ausgelöst hatte und die im Monarchismus, im „Ideal" der Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse, ihren ideologischen Angelpunkt hatte.

Der Monarchismus wurde geschlagen und spukt heute als Kampf zwischen Monarchisten und Republikanern nur noch in der Deutschnationalen Volkspartei herum. Die monarchistische Gefahr war als beliebtes Mittel der SPD-Führer zur Beschönigung ihres Eintretens für die Ausbeuterrepublik erledigt. Die SPD-Führung mußte sich trotz aller Widerstände unter dem Zwang der Arbeiterschaft der Volksentscheidbewegung anschließen.

Wie es damals um das Niederringen der Reaktionswelle ging und die Fürstenentschädigung nur der äußere Anlaß war, so geht es heute um das Niederringen der imperialistischen Welle, für die der Panzerkreuzer der äußere Anlaß ist.

Die durch die Kriegsniederlage erlittenen Verstümmelungen imperialistischer Organe müßte und würde sich die deutsche Ausbeuterklasse rasch wieder ergänzen, wenn das Proletariat das nicht verhindert.

Die politischen und technischen Organe des deutschen Imperialismus sind im raschen Wachsen. Die Versuche, sich die imperialistischen „Befreiungsmittel" im Bündnis mit sich bekämpfenden Imperialistenblocks zu erdienen, sind offenkundig.

Zu den technischen Organen aber gehört die Rüstung, hauptsächlich die chemische Industrie, die Armee und die Flotte. Von ihr ist der Panzerkreuzer zwar nur ein kleines Stück, aber ein Stück, dessen Offensivcharakter unbestreitbar ist, weil es zur bloßen Verteidigung völlig überflüssig ist.

Dieses Teilchen macht das Ganze sichtbar.

Der Fürstenvolksentscheid stellte ein Ziel, das im Rahmen des bürgerlichen Klassenstaates verwirklicht werden konnte. Er war im Wesen eine Aktion, die über bürgerlich-demokratische Ziele nicht hinausging, die Ueberwindung und Infamierung des Monarchismus und feudalistischer Ueberreste, also die Nachholung von Versäumnissen der Bourgeoisie. Er wurde zu einer proletarischen Angelegenheit, weil die allgemeine Reaktionswelle sich um diese Ueberreste gruppierte.

Aber der Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau stellt als Ziel die Ueberwindung des Imperialismus. Das Ziel kann im Rahmen des bürgerlichen Klassenstaates nicht verwirklicht werden. Es handelt sich um eine proletarische Aktion. Ohne die Ueberwindung des Kapitalismus kann der Imperialismus, die Kriegsgefahr, niemals überwunden werden. Er ist eine „normale" Funktion, eine bestimmte Entwicklung, nicht etwa nur eine Politik des monopolistischen Kapitalismus.

Es entspringt nicht irgendwelchen subjektiven sittlichen Verworfenheiten, wenn es auch solche erzeugt, es entspringt überhaupt nicht subjektivem Wollen, sondern den Gesetzmäßigkeiten internationaler Konkurrenz. Nur imperialistisch kann sich monopolistische Wirtschaft entfalten und erhalten — jeder andere Weg führt zu Stagnation und Rückentwicklung.

Die Zurückentwicklung des Monopolismus zum Kapitalismus der freien Konkurrenz ist das Ideal der gegen den Trust und Kartellwucher kämpfenden Kleinbürger, die der Illusion nachjagen, durch „Gesetze" die monopolistischen „Ausartungen" zu bekämpfen, weil er nicht begreifen kann, daß das keine Ausartungen sind, sondern ein zwangsläufiger Entwicklungsprozeß des Kapitalismus. Das Proletariat hat nichts damit zu schaffen. Es weiß, daß das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werden kann und daß diese Ziele technisch, ökonomisch und politisch reaktionär sind. Das Proletariat will, kann und wird nur den Imperialismus überwinden durch seine gewaltsame Verwandlung in den Sozialismus. Das ist die historische Mission der Arbeiterklasse, die sie über kurz oder lang erfüllen muß, weil sie keinen anderen Ausweg aus der Lohnsklaverei hat.

Deshalb aber kann die verbürgerlichte SPD niemals gegen den Panzerkreuzer als Teil der Ausbeuterrüstungen, als Symbol des Imperialismus kämpfen. Sie kann den Panzerkreuzer, einen bestimmten Panzerkreuzer, höchstens ablehnen, mit dem erlogenen Vorwand, er sei ein zu schlechtes und wenig wohlfeiles Stück imperialistische Rüstung. (Darüber in einem weiteren Aufsatz.)

Nur die revolutionäre Partei, nur die KPD kann überhaupt wirklich den Kampf auch gegen den Panzerkreuzerbau führen, weil sie die einzige Partei gegen die kapitalistische Herrschaft, gegen den Imperialismus, die Partei des Sturzes der bürgerlichen Demagogie und der Erkämpfung der proletarischen Diktatur und des Sozialismus ist. Deshalb ist der Platz jedes ehrlichen, proletarischen Feindes der imperialistischen Rüstungen, jedes kleinen Mannes, jedes Arbeiters und Arbeitsbauern, jedes unteren Beamten und Intellektuellen in der großen revolutionären Front des Volksentscheids gegen den Panzerkreuzer.

Für den Volksentscheid

Am Mittwoch fand in Wermelskirchen eine Sitzung der Vertreter der Arbeitervereine und -organisationen zur Bildung eines Komitees zur Durchführung des Volksentscheids statt. Erschienen waren nur nicht die SPD und der unter reformistischer Leitung stehende ADGB.

Die Bezirksleitung des Verbandes für Freidenker und Feuerbestattung entschied sich einstimmig für den Volksentscheid.

Die christlich-soziale Reichspartei veröffentlicht in ihrem Organ „Das neue Volk" einen Aufruf an die christliche Arbeiterschaft mit der Ueberschrift: „Das schaffende Volk muß den Volksentscheid erzwingen." In dem Aufruf heißt es:

„Die KPD hat einen Volksentscheid eingebracht. Diese Sache darf nicht nur Parteisache bleiben, der Antrag gibt eine Plattform, auf der sich alle finden müssen, die gegen den Zukunftskrieg kämpfen. Das muß der Sinn dieses Volksbegehrens werden. Den Volksentscheid durchführen, bedeutet eine gewaltige antimilitaristische Welle bis in die letzte Bauernhütte tragen. Unsere Parteifreunde im Reiche fordern wir auf, überall die Aktionen für den Volksentscheid vorzubereiten."

Eine gutbesuchte Versammlung der Alters- und Invalidenrentner in Wald stimmte einstimmig für den Volksentscheid.

Eine Belegschaftsversammlung der Firma Joh. Peter Engels, Solingen, Betrieb Potshaus, wählte ein Komitee für den Volksentscheid.

Die Ortsgruppe Vertlich des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener stimmte einstimmig für den Volksentscheid.

In der am Dienstag stattgefundenen ersten Sitzung des neuen Ortsausschusses des ADGB. in Suhl wurde mit den Stimmen der Kommunisten eine Resolution für den Volksentscheid angenommen. Die sozialdemokratischen Ortsausschußmitglieder waren zu feige, sich an der Abstimmung zu beteiligen.

Für den Volksentscheid entschied sich die Versammlung der Holzarbeiter der Mitropa in Gotha.

Eine kombinierte Versammlung der Belegschaften Körbing und Mathiesen, Max Jahn, Leutzsch begrüßte den Volksentscheid.

Die Betriebsräte und Baudelegierten des Stadtrohrnetzes Leipzig begrüßten einschließlich der SPD-Delegierten den Volksentscheid.

Die Metallarbeiter von Daimler-Sindelfingen faßten einstimmig eine Entschließung für den Volksentscheid.

Die Nieter, Stemmer und Bohrer von Blohm und Voß in Hamburg nahmen in einer freigewerkschaftlichen Branchenversammlung einstimmig für den Volksentscheid Stellung.

Die Kriegsfähigkeit des Panzerkreuzers A

Zweckmäßigste Konstruktion

Ueber die Konstruktion des Panzerkreuzers A wird folgendes bekannt: Die zur Verfügung stehende Wasserverdrängung des Panzerkreuzers, die bekanntlich durch den Versailler Vertrag begrenzt wurde, **wird bis aufs äußerste ausgenutzt werden.** Die Verbindung der Platten und Spanten wird nicht mehr wie früher durch Nieten, sondern Verschweißen hergestellt, ein Verfahren, das in diesem Umfang noch bei keinem großen Fahrzeug zur Anwendung gekommen ist. Dadurch wird außerordentlich viel Gewicht gespart. Nachteile in bezug auf Elastizität entstehen nicht. Das Panzerschiff wird nicht mit Turbinen ausgestattet wie bisher, sondern **mit besonderen durchkonstruierten Dieselmotoren,** die sich im Verhältnis zu ihrem Gewicht durch besondere Leistungsfähigkeit auszeichnen werden. **Die beabsichtigte Geschwindigkeit soll enorm werden. Auf der anderen Seite soll verhältnismäßig starke Artillerie, sechs 28-Zentimeter-Geschütze und zwei Drillingstürme, das Schiff befähigen, jeden Kreuzer der augenblicklich im Gebrauch befindlichen Typen in kurzer Zeit außer Gefecht zu setzen.** Gegen die Einwirkung feindlicher Artillerie wird das Schiff durch eine im Verhältnis gegen frühere Fahrzeuge verstärkte horizontale Panzerung, durch ein **Panzerdeck,** sehr stark geschützt werden, während man auf eine vertikale Panzerung im Hinblick auf die voraussichtlich augenblicklich großen Schußweiten nicht mehr den Wert wie früher legt. Die Unterwasserein[illegible]teilung des Schiffes in wasserdichte Abteilungen wird selbstverständlich den vor dem Krieg gebauten und im Krieg erprobten Schiffen in keiner Weise nachstehen. Gegen alle augenblicklich gebauten Typen wird der Panzerkreuzer die vorteilhafteste Verwendung finden können. Nach Ausführung englischer Fachkreise stellt das neue Panzerschiff eine sehr zweckmäßige Konstruktion dar.

Der VI. Weltkongreß der Komintern

Die Aufgaben in Deutschland

Vom Polbüro wird uns geschrieben:

Die vom VI. Weltkongreß einstimmig angenommenen, von der Delegation der KPSU. vorgelegten Thesen zur politischen Lage, erweitert und ergänzt durch die eingehende Beratung der Kriegsfrage, der Kolonialfrage und der Lage in der Sowjetunion geben eine unzweideutige Analyse der in den letzten Jahren eingetretenen Entwicklung. Der Weltkapitalismus hat seit dem V. Weltkongreß eine Phase der Entwicklung durchgemacht, die zu einer Steigerung der Produktion über das Vorkriegsniveau, zu einer gesteigerten Entwicklung der Kartelle und Trusts, der Tendenzen zum Staatskapitalismus und zu arbeitstechnischen Verbesserungen im Produktionsprozeß geführt hat. Gerade dadurch wurden die Grundlagen für neue Formen von Krisen und für Konflikte größten Ausmaßes geschaffen. Gleichzeitig stellte der Weltkongreß fest, daß sich in allen entscheidenden Industrieländern eine wachsende Radikalisierung des Proletariats vollzieht, die die Kommunistische Internationale und besonders ihre wichtigsten Sektionen vor komplizierte und große Aufgaben stellte.

In verschiedenartigem Tempo, aber in engstem Zusammenhang miteinander stehend, wachsen auf allen Gebieten die Widersprüche des Weltkapitalismus. Zunehmende imperialistische Gegensätze, die Bestrebungen der imperialistischen Mächte, eine breite Kriegsfront gegen die Sowjetunion zu bilden, rücken sowohl die Gefahren neuer imperialistischer Kriege, wie insbesondere die einer neuen Intervention gegen die mächtig erstarkte Sowjetunion in immer größere Nähe. Gewaltige Erhebungen der unterdrückten Völker in den Kolonien und Halbkolonien, Klassenkämpfe von größter Wucht und enormen Umfang in den kapitalistischen Ländern erschüttern immer stärker den Kapitalismus.

Das Wachstum der imperialistischen Gegensätze und Widersprüche steigert den Druck der Bourgeoisie auf das Proletariat, verschärft ihren Kampf gegen seine Avantgarde, die Kommunistischen Parteien. Andererseits verstärkt die Vertiefung der Klassengegensätze die imperialistischen Spannungen und erweitert immer mächtiger den Grundgegensatz zwischen der Sowjetunion und der imperialistischen Welt.

Die Innenpolitik der entscheidenden kapitalistischen Länder wird immer stärker von dem Gesichtspunkt der Kriegsvorbereitungen beeinflußt. Die aus der kapitalistischen Entwicklung sich ergebende engere Verwachsung von Staatsapparat und wirtschaftlichen Organisationen des Monopolkapitals wird bewußt in den Dienst dieser Vorbereitungen gestellt. Die mannigfaltigen Formen der Arbeitsgemeinschaft zwischen kapitalistischem Staat, Trustkapital und den Spitzen der reformistischen Arbeiterbewegung dienen neben der Sicherung und Verstärkung der Basis des Trustkapitals, der Ausbeutung und Niederhaltung der Arbeiter im eigenen Lande ebenfalls den neuen imperialistischen Kriegsvorbereitungen.

Gegenüber dieser breiten Front des Imperialismus sammelt sich die Arbeiterklasse in immer stärkeren Armeen um die Kommunistische Internationale. Nicht nur in den alten kapitalistischen Ländern steigt der Einfluß der Kommunistischen Parteien, die Komintern dringt auch in die neuen Kontinente und in die Kolonialländer immer stärker ein. Die starke Vertretung z. B. der lateinamerikanischen Länder auf dem Kongreß war ein Ausdruck dafür.

In den kapitalistischen Ländern Europas vollzieht sich eine komplizierte, vielfach noch von der Sozialdemokratie und dem Faschismus aufgehaltene und gehemmte Linksentwicklung des Proletariats. Die letzten Wahlen in Deutschland waren ein starker und sichtbarer Ausdruck dafür.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung der kapitalistischen Länder wurden die Probleme der Entwicklung in Deutschland und die Aufgaben der KPD. auf dem VI. Weltkongreß der Komintern ausführlich behandelt. Eines der grundlegenden Merkmale ist gegenwärtig die gesteigerte Bedeutung Deutschlands im System der internationalen Politik.

„Das Wachstum Deutschlands und die damit zusammenhängenden Umgruppierungen der Mächte sind einer der Hauptfaktoren der Veränderungen der europäischen zwischenstaatlichen Beziehungen." (Politische Thesen des VI. Weltkongresses, § 6.)

Die erhöhte imperialistische Rolle Deutschlands bildet einen Faktor der Unsicherheit, des schwankenden Charakters der kapitalistischen Stabilisierung im internationalen Maßstab. Die Thesen bezeichnen das „deutsche Problem" als „den schärfsten Ausdruck für die Störung des Gleichgewichts zwischen Amerika und Europa".

Worin besteht der ökonomische Kern dieses deutschen Problems?

„Deutschland, das — zum großen Teil dank der amerikanischen Kredite — sein Entwicklungsniveau rasch gehoben hat und genötigt ist, Reparationen und Zinsen für seine Schulden zu zahlen, findet keine ausreichenden Märkte für den Export seiner Waren und das ganze System seiner Beziehungen wird durch immer neue amerikanische Kredite aufrechterhalten, die wiederum die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt, vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten, erhöhen." (Thesen, § 5.)

Diese ungeheuer widerspruchsvolle Entwicklung des deutschen Imperialismus trägt wesentlich dazu bei, das Heranreifen einer neuen Aera imperialistischer Kriege, gewaltiger Katastrophen zu beschleunigen.

Der unleugbare wirtschaftliche Aufschwung des monopolistischen Kapitalismus in Deutschland und die damit verbundene gesteigerte außenpolitische Bedeutung bewirken eine grundlegende Veränderung seiner Außenpolitik. Die Thesen stellen vollkommen unzweideutig die „Westorientierung", d. h. die imperialistische und sowjetfeindliche Orientierung der deutschen Bourgeoisie fest.

„Wenn Deutschland in den Tagen seiner wirtschaftlichen, politischen und nationalen Erniedrigung ein Abkommen mit dem proletarischen Staat, mit dem einzigen Staat, der gegen die imperialistische Versklavung Deutschlands war, suchte, so treiben die starken Tendenzen des Neo-Imperialismus die deutsche Bourgeoisie immer mehr zu einer sowjetfeindlichen Haltung." (Thesen § 9.)

Der Kongreß selbst bezeichnete als die größte aller Gefahren die immer rascher herannahende Kriegsgefahr und erklärte den Kampf gegen den drohenden imperialistischen Krieg zur wichtigsten aller Aufgaben des Weltproletariats in der gegenwärtigen Situation. Der Uebergang Deutschlands zur sowjetfeindlichen Politik, seine aktive Teilnahme an der Vorbereitung der Intervention spielt im Zusammenhang mit der imperialistischen Gesamtpolitik eine sehr wichtige Rolle. Der Eintritt des neuen deutschen Imperialismus in die Antisowjetfront bedeutet eine grundlegende Veränderung der Lage: die Rückendeckung durch den deutschen Imperialismus macht es dem faschistischen Polen erst möglich, zum Angriff gegen die Sowjetunion zu schreiten. Der Prozeß des Aufbaus der imperialistischen Kriegsfront wird durch Deutschland vollendet und der Moment des Kriegsausbruches wesentlich beschleunigt:

„Die Aenderung der Stellung Deutschlands schließt in gewissem Grade ein bestimmtes Stadium dieses Prozesses ab, des Prozesses der Vorbereitung des konterrevolutionären Blocks der Imperialisten zum Kriege gegen die USSR." (Thesen § 10.)

Die rasche Entwicklung des neuen deutschen Imperialismus führt zu einer außerordentlichen Verschärfung der Klassengegensätze. Deutschland bildet ein besonders ausgeprägtes Beispiel für die Zunahme der staatskapitalistischen Tendenzen, die in der wachsenden Zentralisation der Wirtschaft ihre Ursachen haben und objektiv die Vorbedingungen der kriegswirtschaftlichen Mobilisierung für die kommenden Konflikte erzeugen. Das enge Verwachsen des Staatsapparates mit den Unternehmerorganisationen und mit den reformistischen Spitzen der Arbeiterbürokratie stellt die breitesten proletarischen Massen unmittelbarer und schärfer als jemals zuvor den vereinten Kräften des Kapitals gegenüber. Die kapitalistische Rationalisierung treibt die Ausbeutung der Arbeiterklasse auf die Spitze, verschlechtert ihre Lebensbedingungen und führt daher unvermeidlich zur Verstärkung des Klassenkampfes.

Bei der Analyse der Entwicklungstendenzen innerhalb der Arbeiterschaft stellen die Kongreßbeschlüsse zwei entgegengesetzte Tendenzen fest: Die Bourgeoisie wendet in erhöhtem Maße und in komplizierten Formen alle Methoden der wirtschaftlichen und politischen Korrumpierung einer Minderheit der Arbeiterklasse auf Kosten ihrer Mehrheit an, sie schafft vor allem durch starke Differenzierung in der Entlöhnung und in der Stellung der einzelnen Arbeiter im Produktionsprozeß eine Arbeiteraristokratie auch ohne koloniale Extraprofite. Das erklärt zum Teil die relative Festigkeit der deutschen Sozialdemokratie, ihre unaufhaltsame Rechtsentwicklung, ihre bedingungslose Unterstützung der Reaktion im Innern und der imperialistischen Kriegspolitik nach außen.

Dies ist aber nur die eine Seite der Entwicklung, die andere vollzieht sich in Gestalt der Radikalisierung der Arbeitermassen. Man hört in unseren Reihen zuweilen Stimmen der Unterschätzung der Linksbewegung der deutschen Arbeiterschaft, sowohl ihrem Umfang wie ihrer Qualität nach. Solche Auffassungen sind nicht vereinbar mit der Einschätzung, die der VI. Weltkongreß gab.

Im Vordergrund seiner Richtlinien steht vielmehr der wachsende Widerstand der Arbeiterklasse, die sich bereits von den schweren Niederlagen der vergangenen Periode erholt hat.

„Der allgemeine Prozeß der Radikalisierung der Arbeiterklasse in den europäischen Ländern schreitet weiter fort; der Einfluß der rein bürgerlichen Parteien auf die Arbeitermassen wird schwächer. Die Arbeitermassen marschieren teilweise zur Sozialdemokratie ab, teilweise zu den Kommunistischen Parteien. Es verstärkt sich der Prozeß des Abmarsches der aktiven Elemente der Arbeiterschaft aus dem Lager der Sozialdemokratie, die sich immer mehr und mehr auf kleinbürgerliche Schichten stützt und deren Basis sich auf diese Weise von der Arbeiterklasse zur Kleinbourgeoisie verschiebt, ins Lager der Kommunisten. Es wächst der Einfluß und die Autorität der Kommunistischen Parteien innerhalb der Arbeiterklasse." (Thesen, § 16.)

Was ergibt sich hieraus für eine Perspektive? Die politische Differenzierung in den Reihen der Arbeiterklasse, die weitere Festigung der kommunistischen Position in der Arbeiterbewegung und vor allem die zunehmende Verschärfung des Klassenkampfes.

Der Kongreß unterstrich die politische Bedeutung der großen Wirtschaftskämpfe und Streiks im jetzigen Stadium der kapitalistischen Stabilisierung:

„Bei jedem irgendwie großen wirtschaftlichen Streik stoßen die Arbeiter mit den vertrusteten kapitalistischen Giganten zusammen, die mit der Staatsgewalt der Imperialisten verwachsen. Ein Streik dieser Art bekommt deshalb politischen Charakter, d. h. er wird für die ganze Klasse von Bedeutung. Die Entwicklung eines jeden Streiks dieser Art gibt ihm also einen staatsfeindlichen Charakter." (Thesen, § 14.)

Dieser Hinweis ist sehr wichtig für unsere nächste Arbeit in Deutschland. Die Partei, ihre Führung sowohl wie ihre Gewerkschaftsfraktionen, ihre Betriebsräte und ihre Betriebszellen müssen es verstehen, rechtzeitig den politischen Charakter eines größeren Streiks zu erkennen und sich seiner Bedeutung für die ganze Klasse bewußt zu werden. Wir müssen in unserer Partei die Strömungen der passiven Unterordnung unter die reformistischen Wirtschaftskämpfe, des ängstlichen Respekts vor den Verträgen überwinden. Wir müssen entschlossen und geschickt, mit der größten Manövrierfähigkeit, alle Methoden der Organisierung der Wirtschaftskämpfe, die Brechung des reformistischen Einflusses auf diese Kämpfe anwenden, und mit immer größerer Wucht an die Sprengung der Kette der Schlichtungsordnung herangehen.

Die deutsche Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Agenten verstehen ausgezeichnet, daß jeder große Streik, jeder große Kampf der Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen Verhältnissen „staatsfeindlichen" Charakter annimmt. Gerade deshalb versuchen die reformistischen Führer mit den brutalsten Mitteln den kommunistischen Einfluß in den Massenorganisationen der Arbeiterschaft, besonders in den Gewerkschaften, zu unterbinden. Sie schrecken dabei vor einer systematischen Spaltung dieser Massenorganisationen nicht zurück. Die Sozialdemokratie, deren Ideologie sich der faschistischen immer mehr annähert, erreicht einen immer höheren Grad der „Reife" vom Standpunkt der konterrevolutionären imperialistischen Politik. Bezeichnend dafür ist die Rolle der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen bürgerlichen Koalitionsregierung. Die Kongreßthesen bemerken dazu:

„Man muß im Auge behalten, daß diese neuen Koalitionsregierungen unter direkter Beteiligung der Sozialdemokratie keine einfachen Wiederholungen der früheren Kombinationen sein können und auch nicht sein werden. Insbesondere gilt das für alle Fragen der Außenpolitik überhaupt und vor allem der Kriegspolitik. Die sozialdemokratische Führung wird eine verräterische Rolle spielen, die alles übertrumpfen wird, was sie in allen vergangenen Etappen der Entwicklung geleistet hat." (Thesen, § 21.)

Diese Formulierung der Thesen war niedergeschrieben, bevor die sozialdemokratischen Minister ihre Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers gegeben hatten. Dieser unerhörte Verrat bestätigte sehr rasch und sehr gründlich die Richtigkeit der Thesen über die Rolle der sozialdemokratischen Führer ebenso, wie das Verhalten der „linken" sozialdemokratischen Führer, ihr radikales Geschrei und ihre faktische Unterstützung der Koalitionspolitik, der imperialistischen Kriegspolitik ihrer Partei, eine klassische Bestätigung der kommunistischen Auffassung von der Rolle der Zentristen darstellt. Der Entrüstungssturm auch eines großen Teiles der sozialdemokratischen Arbeiter über diesen Verrat der sozialdemokratischen Führer ist keineswegs ein Zufall oder ein bloßer „Glücksfall" für uns. Dieser gesamte Vorgang findet seine tiefe politische Begründung in der objektiven Situation und in der gesamten Gruppierung der Klassenkräfte. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß wir in Zukunft neue und andere, weitere und größere Erscheinungen dieser Art erleben werden. Die Partei muß auf sie gerüstet sein.

Es ist notwendig, die große Gefahr, die der Reformismus, besonders diese neueste Entwicklung des Reformismus, für die Arbeiterklasse darstellt, zu erkennen. Jede Unterschätzung dieser Gefahr, jede Vertuschung dieser Entwicklung, jedes, auch das geringste Zurückweichen muß unvermeidlich zu großen Schwächen unseres Kampfes gegen die SPD. führen und könnte für die revolutionäre Partei verhängnisvoll werden. Gerade die Stärke des deutschen Reformismus, die Tatsache, daß er noch eine starke und festgefügte Parteiorganisation besitzt, daß er immer noch die wichtigsten überparteilichen Massenorganisationen der deutschen Arbeiterschaft beherrscht, verpflichtet unsere Partei zur immer erneuten Ueberprüfung der besten Methoden des Kampfes gegen den Reformismus, zur größten selbständigen Aktivität in der Auslösung und Führung aller Arbeiterkämpfe, zur sorgfältigsten Herausarbeitung der besonderen Eigenart und den der besonderen Situation entsprechenden Losungen für jeden Kampf und die Verbindung dieser Arbeit mit der Propagierung unserer revolutionären Endziele.

Die Perspektive des VI. Weltkongresses ist auf neue Erfolge der kommunistischen Parteien im Klassenkampf und auf neue Angriffe seitens des Klassenfeindes gestellt. Diese Angriffe zielen auf die Isolierung der Kommunisten, auf die Verhängung der Illegalität über unsere Partei, den Kommunistischen Jugendverband, den Roten Frontkämpferbund usw. Die Illusion, als ob vor uns eine längere Periode einer „breiten Demokratie" liege, muß unbedingt bekämpft werden. Die wütende Spaltungsoffensive der Reformisten zeigt sehr deutlich die allgemeine Tendenz der Entwicklung. Auf diesem Frontabschnitt steht uns ein schwerer Kampf bevor, für dessen siegreichen Ausgang wir das Höchstmaß aller politischen und organisatorischen Kräfte der Partei konzentrieren müssen. Der VI. Weltkongreß hat unsere Partei verpflichtet, mit allen Mitteln den Spaltungsversuch der Reformisten zurückzuschlagen und unsere Positionen in den Gewerkschaften mit der größten Energie zu verteidigen, fest zu verankern und zu verstärken.

Die Hauptaufgaben, die sich aus den Beschlüssen des VI. Weltkongresses für die KPD. ergeben, sind folgende:

1. Steigerung des (noch immer ungenügenden) Internationalismus der Partei. Kampf gegen den kommenden imperialistischen Krieg, revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion, Unterstützung der kolonialen Befreiungskämpfe, insbesondere der chinesischen Revolution.

2. Noch schärfere Zuspitzung der allgemeinen taktischen Linie der Partei auf den Kampf gegen den Dreibund der kapitalistischen Trusts, der bürgerlichen Staatsgewalt und der reformistischen Spitzen, die immer fester miteinander verwachsen. Kampf gegen Reaktion und Faschismus.

3. Initiative und Organisierung der kommenden Wirtschaftskämpfe und aller Kämpfe des Proletariats überhaupt. Kampf um die Führung der Arbeiterklasse in diesen Bewegungen.

4. Kampf für die Einheit der Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes, gegen die Spaltungspolitik der Reformisten, Eroberung neuer Positionen in den Gewerkschaften, Betriebsräten, Sportorganisationen und allen anderen Arbeiterorganisationen.

5. Verschärfung des gesamten Kampfes gegen die Sozialdemokratie auf Grund ihrer veränderten Stellung und des neuen Verhältnisses der Klassenkämpfe. Entlarvung und besonders sorgfältige Bekämpfung der „linken" sozialdemokratischen Führer als des raffiniertesten und deshalb gefährlichsten Feindes innerhalb der Arbeiterklasse.

6. Aktive Beeinflussung des Prozesses der Linksschwenkung der Arbeitermassen, der nur unter der Führung der Kommunistischen Partei zu einem allgemeinen Aufschwung des Klassenkampfes führen kann. Verstärkung der Einheitsfronttaktik unter den Massen, in den Betrieben, in den Gewerkschaften usw. Der bisherige Verlauf der Panzerkreuzer-Kampagne ist im allgemeinen eine gute Illustration für die richtige Anwendung dieser Taktik.

7. Systematische Arbeit zur Schaffung der größten prinzipiellen Klarheit in der Partei und zur Herausbildung ihrer maximalen Manövrierfähigkeit und Entschlossenheit in den kommenden schwierigen Kämpfen. Herausbildung neuer führender Funktionäre aus den proletarischen Kadern der Partei.

8. Stärkung der Parteiorganisationen, des RJV., des RFB. usw., vor allem Stärkung unserer Betriebszellen, besonders in den Großbetrieben.

Es versteht sich von selbst, daß dies nur die wichtigsten grundlegenden, durchaus nicht alle Aufgaben sind, die der VI. Weltkongreß unserer Partei gestellt hat. Das Zentralkomitee wird sofort nach Ende des Kongresses diese Aufgaben in ihren Einzelheiten durch eine breite Aufklärungskampagne vor der gesamten Mitgliedschaft entwickeln.

Die Kommunistische Partei Deutschlands muß in den bevorstehenden Kämpfen den Beweis erbringen, daß sie auf der Höhe ihrer großen Pflichten steht. Der VI. Weltkongreß hat mit allem Nachdruck ausgesprochen, daß nur bei unbedingter innerer Disziplin, im Kampf gegen opportunistische Auffassungen in unseren eigenen Reihen, wobei wir die versöhnlerischen Strömungen gegenüber den rechten Gefahren und ihren Trägern überwinden müssen, die Durchführung unserer großen Aufgaben ermöglicht wird. Die Zusammenfassung aller Kräfte der Partei, die die politische Linie der Partei und der Komintern verteidigen, die leninistische Einheit der Partei wird uns neue große Erfolge erleichtern und uns das feste Vertrauen der deutschen Arbeiterklasse gewinnen lassen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Uebigauer Arbeitersportler gegen den Volksgemeinschaftsrummel

Zu unserem Artikel „Die große Volksgemeinschaft", teilt uns der Vorsitzende der Uebigauer Arbeiterturner folgendes mit:

„Der weltliche Elternrat hat sich nicht die Teilnahme der Turner gesichert. Die Leitung hat des unproletarischen Charakters der Veranstaltung wegen offiziell eine Mitwirkung abgelehnt. Der Verwaltungsausschuß als oberste Körperschaft beschloß in seiner Sitzung mit großer Mehrheit: Der Spielmannszug der Turner wirkt nicht mit! Trotz dieses Beschlusses brachte es der SPD-Sportgenosse Kaschnick, Betriebsrat der Schiffswerft Uebigau, fertig, einen großen Teil der SPD-Mitglieder des Spielmannszuges zur Durchbrechung des Beschlusses und zur Teilnahme an dieser arbeiterfeindlichen Veranstaltung zu bewegen. Bedauerlicherweise haben also einige Mitglieder des Vereins die Grundsätze der Bewegung zugunsten des Volksgemeinschaftsrummels verraten, dies ist jedoch niemals durch den Verein geschehen, dessen überwältigende Mehrheit jedes Zusammengehen mit dem Bürgertum nach wie vor ablehnt. Der von der Arbeiterstimme erhobene Vorwurf trifft also nicht den Verein, sondern nur die einzelnen Mitglieder, die solch großen Mangel an Klassenbewußtsein an den Tag gelegt haben. In der Verurteilung der Handlungsweise dieser Sportgenossen werden wohl alle klassenbewußten Arbeitersportler einig sein."

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß an dem Volksgemeinschaftsrummel der Verein der Uebigauer Arbeitersportler nicht nur nicht teilgenommen hat, sondern auch dieses arbeiterfeindliche Treiben dieser Sozialisten auf das schärfste verurteilt. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitersportler lehnt getreu der revolutionären Tradition jedes Zusammengehen mit dem Bürgertum grundsätzlich ab! Trotzdem auch hier ein entsprechender Beschluß vorlag, haben einige SPD-Sportler, darunter der Betriebsrat der Uebigauer Schiffswerft, Kaschnick, den Beschluß ganz bewußt durchbrochen. Höher als die Beschlüsse und Grundsätze der Arbeiterbewegung standen und stehen diesen Reformisten Volks- und Arbeitsgemeinschaftsrummel mit den Feinden der Arbeiterschaft! Was würde wohl die Dresdner Volkszeitung geschrieben haben, wenn irgendwo ein Kommunist einen Beschluß einer proletarischen Organisation so mißachten würde? Dieses Beispiel zeigt aber auch, worauf wir schon öfter hingewiesen, daß in der Arbeitersportbewegung Elemente am Werke sind, die planmäßig die revolutionären Grundsätze untergraben. Gegen dieses, die Arbeiterbewegung so ungeheuer schädigende Treiben aber unternimmt die Bundesführung bezeichnenderweise nichts. Wie sollte sie denn auch, sie ist mit der Bekämpfung derjenigen klassenbewußten Sportler, die die alten revolutionären Grundsätze hochhalten, vollauf beschäftigt. Dieser Volksgemeinschaftsrummel beweist aber auch, was das Gerede der linken Sozialdemokraten wert ist. Sie unterscheiden sich von den „Rechten" nur durch ihr radikales Geschwätz, in der Praxis handeln sie genau so wie die Müller, Severing & Co.! Die Uebigauer Arbeiterschaft wird aus diesem Beispiel ihre Konsequenzen zu ziehen wissen.

Feuerwehr — kein Kriegerverein

An dem am Sonntag feierlich begangenen Bezirksfest der freiwilligen Feuerwehr in Pillnitz nahm auch eine Abordnung der Dresdner Städtischen Feuerwehr als Gast teil. Als später im weiteren Verlauf der Feier diese in eine gemeinsame Trinkerei mit dem ansässigen Kriegerverein ausartete, verließ die Hälfte der Kollegen der Dresdner städtischen Feuerwehr die Veranstaltung mit der Erklärung, daß sie Feuerwehrleute und kein Kriegerverein seien. Bei den den Vorgang beobachtenden Arbeitern löste diese Handlungsweise der „Männer des Feuers" lebhafte Zustimmung und große Sympathie aus.

Proteststreik bei Hartwig & Vogel

Wie uns mitgeteilt wird, hat gestern bei der bekannten Schokoladenfirma Hartwig u. Vogel ein kurzer Proteststreik im Hause A stattgefunden, der sich gegen die systematisch abteilungsweise durchgeführte Lohnkürzung richtete. Nicht unwesentlich ist, daß seit langem von der Firma systematisch durch Akkordschinderei und eine damit verbundene Kürzung des Lohnes gegen die Belegschaft vorgegangen wird, wobei in jeder Abteilung gesondert vorgestoßen wurde. Was unternimmt der Betriebsrat dagegen?

Tödlicher Betriebsunfall

Im Betriebe der Metallwarenfabrik von Waldes u. Co. in der Kleinen Plauenschen Gasse ereignete sich am Montag in den Vormittagsstunden ein tödlicher Unfall. Der am 8. Dezember 1901 geborene, in der Mittelstraße wohnhafte Arbeiter Kurt Angermann hatte einen Treibriemen, während die Transmission lief, mit der Hand auflegen wollen, wurde aber dabei erfaßt und sehr schwer verletzt. Als ihn Arbeitskollegen an der Decke hängen sahen, wurde die Transmission sofort abgestellt und der Schwerverletzte geborgen, der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Kurz darauf trat der Tod ein.

Arbeiterinnen — Hausfrauen!

Auch für euch ist die Antikriegsausstellung sehenswert. Bringt Bekannte mit. Die Ausstellung ist bis mit Mittwoch dem 12. September verlängert, Schäferstraße 21.

100-Jahrfeier der staatlichen Taubstummenschule. Die staatliche Taubstummenschule begeht am 13., 14. und 15. Oktober 1928 ihr hundertjähriges Jubiläum. Die Vorbereitungen zu diesem Feste, an dem viele ehemalige Schüler teilnehmen und das in einer Festfeier, Sportfest im Stadion und Günzbad, Theater, Ball und Ausflügen besteht, sind schon im Gange. Zu gleicher Zeit ist im Lichthofe des Rathauses eine Ausstellung, die über den Unterricht und die Arbeiten Taubstummer aufklären soll.

Zoo. Die kürzlich von Südafrika importierten Pinguine haben sich bereits gut eingewöhnt. Sie sind jetzt aus ihrem Sondergehege, in dem sie ans Futter und an das langentbehrte Wasser gewöhnt wurden, in den großen Teich herausgelassen und werden von dem Seelöwen durchaus respektiert. Sie verstehen schon ebenso gut den Felsen zu erklettern wie die Wasserfläche zu durchschneiden. Obschon sie wohl ausgebildete Schwimmfüße haben, benutzen sie zum Schwimmen an der Wasseroberfläche wie unter Wasser nur die zu Flossen umgewandelten Flügel zur Vorwärtsbewegung. Die Füße werden beim Schwimmen starr nach hinten ausgestreckt und als Steuerruder benutzt. Daß die Pinguine ihre Beute unter Wasser zu erhaschen pflegen, beweist der auffallende Tiefgang beim Schwimmen an der Oberfläche. Noch müheloser als die Kormorane gelingt es ihnen unter Wasser zu tauchen, im Gegensatz zu den Pelikanen, die überhaupt nicht untertauchen können. — Den Pinguinen soll auch wieder eine Rutschbahn eingerichtet werden, auf der sie vom Felsen herunter ins Wasser gelangen können wie sie das auf den steilen Hängen der Eisberge zu tun pflegen.

Die Arbeiterinnen in der Aufsicht

In einer Artikelserie untersucht Landtagsabgeordneter Genosse Lieberasch an Hand einer Besprechung des amtlichen Jahresberichts der Sächsischen Gewerbeaufsicht die Zustände in den Gewerbebetrieben des Freistaates Sachsen einer eingehenden Kritik. Wir veröffentlichen laufend an dieser Stelle eine Anzahl Abschnitte, die der arbeitenden Bevölkerung wertvolles Material zum Kampf gegen die kapitalistischen Wirtschaftsmethoden in die Hand zu geben geeignet sind.

Die Redaktion der Arbeiterstimme.

In der sächsischen Industrie werden in den Betrieben mit 5 und mehr Arbeitern 342 953 über 16 Jahre alte Arbeiterinnen, — dazu kommen noch 20 000 Jugendliche —, davon in der Textilindustrie allein 191 367, beschäftigt. Von den erwerbstätigen Arbeiterinnen sind 107 929 verheiratet, verwitwet oder geschieden. Die Ehe ist keine Versorgung für die Frauen mehr; sie müssen arbeiten, um den unzureichenden Verdienst des Mannes zu ergänzen. Die Erziehung der Kinder muß anderen überlassen werden. Obwohl die Zahl von 1927 diejenige von 1925 noch nicht erreicht, gingen die Unternehmer bei Belebung der Konjunktur dazu über, die Arbeiterinnenschutzvorschriften zu übertreten. Vor allen Dingen wurden neben der Verlängerung der Arbeitszeit die Pausen verkürzt. Die dafür verhängten Strafen betrugen 30—300 RM.

Dabei ist die Aufsichtsbehörde den Unternehmern gegenüber sehr entgegenkommend. Einer Tuchfabrik, die ihre Pause von ½ Stunde auf ¼ Stunde verkürzen wollte, gelang es **mit Hilfe „schlechter" Verkehrsverhältnisse und nachdrücklicher Befürwortung des Textilarbeiterverbandes die gesetzliche Vorschrift der ½stündigen Pause zu beseitigen.** Gleiche Vorgänge werden aus der Emailleindustrie und der Waffelbäckerei berichtet. Statt auf Verbesserung der Schutzgesetze hinzuarbeiten, bauen freie Gewerkschaften dieselben im Interesse der Unternehmer mit ab.

Beim **Schutz der werdenden Mütter wird festgestellt,** daß der Wegfall der Bestimmung (§ 137 Abs. 6 GO), wonach Schwangere vor und nach der Entbindung zusammen 8 Wochen aussetzen mußten, sich **nachteilig** auswirkt. Die Schwangeren arbeiten bis zur Entbindung und bleiben nur 6 Wochen zu Hause. Also, ein Rückschritt beim Mutter- und Säuglingsschutz. Zurückzuführen ist dies auf die Lohneinbuße (Differenz zwischen Krankengeld und Lohn) und die Angst, durch zu lange Unterbrechung die Arbeitsstelle einzubüßen. Bei der Beschäftigung verheirateter Frauen (94 000) wird auf Einlegung einer längeren Mittagspause **nur ganz vereinzelt Rücksicht** genommen. Der Bericht stellt fest, daß verheiratete Frauen „sehr gern" in zweischichtig arbeitenden Betrieben arbeiten, Spätschichten würden „gern" von den verheirateten Arbeiterinnen geleistet. Dieses „gern" ist die wirtschaftliche Not der Familie, die die Mutter noch zwingt, nachts in die Fabrik zu laufen, statt ihre Familie und Wirtschaft zu versorgen. **„Wenn allerdings die Spätschichten zur Dauererscheinung würden, sei es Aufgabe der Gewerbeaufsicht, derartigen familienzerrüttenden und Raubbau an der Frauenkraft darstellenden Erscheinungen durch „Aufklärung" entgegenzuwirken."**

Das **Amt Glauchau** verschickte an 46 Orts- u. Betriebskrankenkassen Fragebogen zur Feststellung, ob verheiratete mehr krank seien als ledige Arbeiterinnen. 22 Antworten mit nein, 12 mit ja, die übrigen 12 machten angebl.. keine dementsprechende Statistik. Durch die berichtenden Kassen wird festgestellt, daß die Erkrankungen bei verheirateten Arbeiterinnen 30—50 Prozent höher sind als bei den ledigen.

Aus **Annaberg** und **Chemnitz** läßt sich die Frage nicht bestimmt beantworten. Trotzdem stellt eine Betriebskasse fest, daß auf eine Verheiratete 18,53 und eine Ledige 12,93 Krankheitstage im Durchschnitt kommen. In Sehma waren 50,26 Prozent der Verheirateten und 31,43 Prozent der Ledigen krank. In Chemnitz, wo 1926 von 5 982 lebend Geborenen = 26,1 Prozent Uneheliche waren, werden auf die unehelichen Mütter dieselben Wirkungen festgestellt wie auf die verheirateten. Ein besonders „gesunder" Betrieb scheint ein Rochlitzer Unternehmen zu sein. Hier waren 75 Prozent der Verheirateten und 79 Prozent der Ledigen krank. In einer Leipziger Baumwollspinnerei betrug die Krankenziffer bei den Ledigen 32 Prozent und bei den Verheirateten 63 Prozent; bei einer Rauchwarenzurichterei bei den Ledigen 13,7 Prozent und Verheirateten 32,5 Prozent. „Ob die Erkrankungen auf die Berufstätigkeit zurückzuführen sind, konnte nicht festgestellt werden." Eine Krankenkasse, deren Namen leider ebenfalls verschwiegen wird, hat die Ursache entdeckt. **Sie führt die größere Erkrankungshäufigkeit der Verheirateten auf die öftere Kurzarbeit zurück.** Dieses „soziale Verständnis" findet man bei jedem Scharfmacher. In der öfteren Erkrankung der Verheirateten drückt sich die doppelte Ausbeutung — einmal durch den Unternehmer und das anderemal durch die Familie — aus. Als Ergänzung zu dieser Tatsache wird an anderer Stelle berichtet, daß die Unternehmer mit Vorliebe jüngere Arbeiterinnen bei der Einstellung bevorzugen; ältere werden nur genommen als Angelernte und sonst nur zu schmutzigen Arbeiten: Wasch- und Reinigungsarbeiten, Lumpensortieren. Dazu findet man selten jüngere, deshalb muß man ältere nehmen. **Die Aelteren sind dem Unternehmer zu verbraucht; er kann nicht genügend Mehrwerte aus ihnen herauspressen.**

Als „Wohlfahrtseinrichtungen" werden von den Unternehmern eingerichtete Kindergärten, von denen in ganz Sachsen 3 bestehen, angeführt. Neben der Ausbeutung der Mutter läßt der Unternehmer die Kinder noch mit Religion vollpumpen, damit sie willige Ausbeutungsobjekte werden. Das Vorhandensein von Kranken- und Ruhezimmern, einer Fabrikpflegerin und in einem Betriebe ärztliche Beratungsstunden für Kinderpflege wird lobend als „Wohlfahrtseinrichtung" hingestellt. Von der Einrichtung von Stillstuben und Stillpausen ist den Aufsichtsämtern nichts bekanntgeworden, d. h. so etwas gibt es in Sachsen nicht. **„Die Schwierigkeiten wären auch zu groß"** stellt dieser Bericht fest.

Wer war der Geldabholer?

Am 17. August wurde eine hiesige Bank telephonisch angerufen und um Auszahlung von 650 RM gebeten. Der unbekannte Anrufer nannte den Namen eines Kunden und fügte hinzu, daß er den Betrag durch einen Boten abholen lassen werde. Bald darauf erschien in der Bank ein junger Bursche, etwa 15 bis 16 Jahre alt, und legte ein ausgefülltes Auszahlungsformular vor. Da das Formular in jeder Hinsicht in Ordnung war, erhielt er den Betrag in einem Briefumschlage ausgehändigt. Hinterher stellte es sich jedoch heraus, daß die Unterschrift gefälscht war. Die näheren Umstände lassen darauf schließen, daß der Bursche nur der Abholer des Geldes und nicht der Betrüger selbst gewesen ist. Um auf die Spur des Täters zu kommen, wird der junge Mann gebeten, sich umgehend bei der Kriminalpolizei im Zimmer 88 zu melden.

Schwere Diebstähle. In der Nacht zum Montag wurde auf der Leubener Straße in Laubegast ein Schaukasten erbrochen und vollständig ausgeräumt. Der Täter erbeutete 11 Frauenkleider aus Seide, Rips, Popeline, Stoff und Samt sowie zwei Damenunterröcke.

Weiter wurde in der Nacht zum 9. September in das Vereinshaus der Gartenkolonie Dresden-Süd am Räcknitzer Marktweg eingebrochen, wobei dem Dieb Rauchwaren, Spirituosen, eine Aktentasche und mehrere Hand- und Tischtücher in die Hände fielen.

In der gleichen Nacht wurde auf der Stephanienstraße in den Keller einer Schankwirtschaft eingebrochen. Der Täter wuchtete das Türschloß auf und entwendete eine Anzahl Flaschen Wein, Likör und eine 5-Liter-Korbflasche Kognak.

Ein durchgehendes Pferd aufgehalten. Am Freitagnachmittag sah ein den Verkehrsregler an der Kreuzung Leipziger Kaiser- und Antonstraße bedienender Polizeibeamter der 9. Polizeiwache, wie aus der Richtung des Neustädter Bahnhofs ein vor einem Tafelwagen gespanntes führerloses Pferd die Antonstraße entlang galoppiert kam. Nach sofortiger Abstellung des Verkehrsreglers ist er dem Pferde entgegengelaufen und hat sich diesem mit ausgebreiteten Armen entgegengestellt. Durch das plötzliche Stutzen des Pferdes gelang es ihm, diesem in die Zügel zu fallen. Kurz vor der Kreuzung konnte er das Gefährt in die Kaiserstraße dirigieren und vor Stadt Wien zum Stehen zu bringen. Nur durch das unerschrockene, mutige und kurzentschlossene Handeln des Beamten ist ein größeres Unglück verhütet worden, denn zu dieser Zeit herrschte an fraglicher Kreuzung ein sehr reger Verkehr, so daß Geschirre und Publikum in Gefahr kamen, von dem durchgehenden Gespann überrannt zu werden.

Heraus mit Margies!

Gegen Panzerkreuzer, für Volksentscheid!

Ottendorf-Okrilla. Die Rote Hilfe hatte für den 30. August zu einer Kundgebung aufgerufen, in der die amnestierten Genossen Menzel, Halle, Hensel, Dresden und Schütteler, Essen, sprachen. Am Bahnhof wurden sie von der revolutionären Arbeiterschaft, die mit Fahnen und Musik erschienen war, begeistert empfangen und zum Gasthof zum Hirsch geleitet. — Nach begrüßenden Worten überreichten Spartakuskinder den mit gestärktem Kampfwillen in die Reihen des Proletariats zurückgekehrten Genossen rote Nelkensträuße als sichtbares Zeichen der unerschütterlichen Treue im ferneren Kampfe gegen Klassenjustiz und die ganze kapitalistische Gesellschaft.

Die eindrucksvollen Ausführungen der Genossen, die ihre Erfahrungen in den Zuchthäusern und Gefängnissen der „Republik" schilderten, die heuchlerische Maske der sozialdemokratischen Führer in der Amnestiefrage gebührend geißelten und scharf Stellung gegen neue Kriegsvorbereitungen der kapitalistischen Meute nahmen, wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Besonders gegen die Panzerkreuzersozialisten wurde heftig protestiert und die Rolle der Sozialdemokratie bei diesem neuen Schandstreich gegen die Arbeiterschaft gekennzeichnet. — Nach anfeuernden Worten des Genossen Wirm und mit der Aufforderung, alle Kräfte anzuspannen, um den Kampf gegen die verräterische Politik der sozialdemokratischen Führer vorwärts zu treiben und die rote Klassenfront zu stärken, nahm die machtvolle und von starkem Kampfeswillen getragene Kundgebung unter dem Gesang revolutionärer Lieder ihr Ende. Nachstehende Resolution wurde einstimmig, auch mit den Stimmen der anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter, angenommen und den noch hinter Kerkermauern schmachtenden Genossen Margies, Mehlhorn und Burkhardt als Sympathieadresse übermittelt.

„Die am 30. August im Gasthof zum Hirsch in Ottendorf-Okrilla zur Roten-Hilfe-Kundgebung Versammelten protestieren gegen die weitere Festhaltung der proletarisch politischen Gefangenen und fordern deren sofortige Freilassung. Tatkräftige Sympathie ist ihnen gewiß. — Gleichzeitig protestieren die zur Roten-Hilfe-Kundgebung versammelten Einwohner von Ottendorf-Okrilla aufs schärfste gegen die Rüstungen des neudeutschen Imperialismus wie sie der Panzerkreuzerbau beweist. Die Versammelten verpflichten sich, den Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau mit allen Mitteln zu unterstützen."

Ein Opfer der Wettleidenschaft

Heidenau. Ein hiesiger städtischer Beamter wurde seines Dienstes enthoben, weil ihm Unregelmäßigkeiten nachgewiesen werden konnten. Die in Frage kommende Summe ist verhältnismäßig gering. Dem Beamten wurden die Wettbureaus zum Verhängnis.

Freiberg. Sonnabend den 15. September 20 Uhr hält ein Leipziger Genosse des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes im Heim unter der Turnhalle, Lange Straße, einen Lichtbildervortrag über Ernährung des Arbeiters. Alle Werktätigen sind hierzu herzlichst eingeladen.

Weiße Zähne: Chlorodont

Der berühmte, soeben aus Asien zurückgekehrte Tibetforscher Dr. Wilhelm Filchner schreibt uns wie folgt: Von Srinagar aus, dem Endpunkt meiner 2½ Jahre währenden innerasiatischen Expedition, darf ich Ihnen mitteilen, daß ich mit dem von Ihnen hergestellten Chlorodont wiederum sehr günstige Erfahrungen machte. **Meine Zähne sind gesund geblieben und haben immer noch blendend weiße Farbe.** Die erfrischende Wirkung wurde von mir besonders in heißen Zonen angenehm empfunden. Ich werde das genannte Mittel auch fernerhin in Gebrauch behalten und empfehle es besonders Forschungsreisenden angelegentlich zum Gebrauch. Srinagar, den 16. April 1928. Dr. Wilhelm Filchner. — (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. **Man verlange nur echt** Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeitersport

Die Dresdner Volkszeitung propagiert bürgerlichen Sport

Das Dresdner reformistische Organ, das sich nicht genug als Sachwalter des Arbeitersportes gegenüber den „kommunistischen Spaltungsversuchen“ aufspielen kann, zeigt mehr und mehr sein wahres Gesicht. Gerade jetzt, da die Arbeitersportler in die bisher noch vom bürgerlichen Sport verseuchten indifferenten Arbeiterkreise einzudringen beginnen, wo sie erfolgreich Bresche schlagen für die Idee des proletarischen Klassensportes, veröffentlicht die Volkszeitung in der Nummer vom 5. September folgende Anzeige:

Sport — Spiel — Körperpflege
Sportplatzanlage (VfL Reichsbahn) in Dresden-Strehlen, Reicker Straße (Straßenbahnlinie 13, Haltestelle Gärtnerei Simmgen), am 9. September nachmittags 3 Uhr Einweihung.

Für wen macht also das Sprachrohr des reformistischen Bundesvorstandes Reklame? Für die gelbe Werksportvereinigung der Damesbahn wirbt sie unter den Arbeiterlesern! Und frech leuchtet darunter die Zeile: „Sportler! Lest die Volkszeitung!“ Während wir, die „Spalter und Schädiger der Arbeitersportbewegung“ ausführlich unseren Lesern die Notwendigkeit der aktiven Werbung für den Arbeitersport an Hand der Aufzeichnung der Gefahren des gelben Fabriksports klarzumachen versuchen, trommelt die sozialdemokratische „Schützerin des Arbeitersports“ Reklame für den Unternehmersport. Wenn hier die sozialdemokratischen Arbeitersportler nicht eindeutig ihre Meinung dazu sagen, machen sie sich mitschuldig an der Verseuchung der Arbeiterbewegung durch den bürgerlich-kapitalistischen Sport.

Ein solches Blatt gehört nicht in die Hand des proletarischen Sportlers! Sein Organ ist die Arbeiterstimme!

Der DSV 10 gegen den Spaltungskurs des Bundesvorstandes

Die am 25. August 1928 tagende Halbjahresversammlung des Dresdner Sportvereins 1910 (E. V.) nimmt nach eingehender Aussprache ganz entschieden Stellung gegen die Spaltungsabsichten und Beschlüsse des Bundestages. Sie verurteilt aufs schärfste die Handlungsweise des Bundesvorstandes und der ZK in Frage der Ausschlüsse guter oppositioneller Funktionäre. Wir verlangen die sofortige Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen und die Wiedereinsetzung der aufgelösten Sportkartelle von Berlin, Merseburg und Halle, und geloben, nicht eher zu ruhen, als bis die aller Demokratie entbehrende Handlungsweise des Bundesvorstandes vor der werktätigen Bevölkerung gekennzeichnet ist.

Auswüchse des bürgerlichen Sportes

hatte man wieder einmal Gelegenheit, kennenzulernen bei dem am vergangenen Sonntag in Dresden stattgefundenen Spiel Guts Muts—Spielvereinigung Fürth. Nachdem die Fürther „Cracks“ bis zur Halbzeit lang- und klanglos 0:0 gehalten hatten, mußten sie sich kurz nach der Pause zwei muntere Dinger in den Kasten tun lassen. Von da an zeigten die einstmaligen Meister Manieren, die hierzulande seinesgleichen suchen. Offensichtliches Holz wechselte mit Schiedsrichterbeleidigungen. Schlimm wirkte die von den Fürthern aufgesteckte lächelnde Miene, die alle Aktionen ihres sportlichen Gegners begleiteten. „Wir könnens ja doch besser . . .“ — Und dabei hatte man vor Beginn des Spieles Vereinswimpel ausgetauscht . . . — Als Zeichen der Freundschaft vielleicht? — So sah es nicht aus während des Spieles. Schließlich hatten die Süddeutschen am Schluße gar 4:1 verloren. Ein besonderes Kapitel wiederum das Publikum, das den Schiedsrichter auspfiff und überhaupt recht viel johlte. Und das Ganze zum „volkstümlichen“ Preise von 1 RM . . .

fzd.

Handballsport

Bezirk Plauenscher Grund. Faustball. Döhlen—Zittau 11:3; Tharandt gegen Burgk 6:3. Handball. Deuben—Potschappel 10:4.
Kaffeeballspiel Freital—10. Bezirk 6:8. Zwei gleichwertige Mannschaften. Flotte Kombination von Anfang bis Ende. Durch wuchtigen Torschuß konnte der 10. Bezirk den Sieg an sich bringen.
Spielleitung Freital—10. Bezirk 0:1. Dresden technisch besser. Freitals Torwart verhinderte eine höhere Niederlage.

10. Bezirk

Faustball. Heidenau 1—Cotta 1 3:3. Ein Kampf zweier Bezirksmeister, bei dem der des 2. Bezirkes überraschend hoch unterlag.
Heidenau 1b—Chemnitz-Gablenz 1 4:9. Ein selten schönes Spiel. Die Gäste hatten in ihrem Schlußmann ein fast unüberwindliches Bollwerk.
Kreischa 1—Altstadt 2 nicht gemeldet.

Leichtathletik

Bei schönem Hochsommerwetter fand bei guter Beteiligung das Herbstsportfest der Sportabteilung Löbtau statt. Obwohl sehr guter Sport geboten wurde, waren die Zuschauer sehr schwach vertreten. [illegible] das herrliche Wetter zum Baden, und das Spiel Helios (Dresden) übte ebenfalls Anziehungskraft aus. Die Leistungen sind, die Hitze und Bahnverhältnisse berücksichtigend, als sehr gut anzusprechen. Der Heidenauer Gerade warf den Speer die beachtliche Weite von 50,66 Meter, und in den Läufen wurden ebenfalls gute Zeiten erzielt. Zu wünschen ist, daß das Training noch [illegible], denn durch gutes Wintertraining läßt sich gar manches noch verbessern, und gewißer können dann die Dresdner Leichtathleten das Bundesfest in Nürnberg besuchen.

Resultate:

Mitglieder. 100 Meter. A: 1. Böhmer, Striesen 12 Sekunden; 2. [illegible], Neustadt 12,1 Sek. B: 1. Sprenger, Löbtau 12,1 Sek.; 2. Marschner, Cotta 12,4 Sek. — 200 Meter. A: 1. Böhmer, Striesen 24,5 Sek.; 2. [illegible], Neustadt 25,1 Sek. B: 1. Sprenger, Löbtau 24,9 Sek.; 2. Marschner, Cotta 25,3 Sek. — 400 Meter. A: 1. Böhmer, Striesen [illegible] Sek.; 2. Raad, Cotta 56,4 Sek. B: 1. Marschner, Cotta 58,8 Sek.; 2. Müller, Schw. Neustadt 1,03,1 Min. — 3000 Meter. A: 1. [illegible], Cotta 9,12,5 Min.; 2. Richter, Striesen 9,30,2 Min. B: 1. [illegible], Cotta 9,51,7 Min.; 2. Otto, Löbtau 10,11,9 Min. — 3mal 200 Meter. 1. Striesen 1,15,4 Min.; 2. Löbtau 1,15,5 Min. — Weitsprung. A: 1. Jarisch, Striesen [illegible] Meter; 2. Böhmer, Striesen 5,72 Meter. B: 1. Richter, Cotta 5,55 Meter; 2. Wagner, Cotta 5,53 Meter — Hochsprung. A: Perth, Cotta, und Jurner, Striesen 1,58 Meter. B: [illegible]

1. Kühle, Löbtau 1,56 Meter; 2. Wagner, Cotta 1,56 Meter. — [illegible] [illegible]

Jugend. 100 Meter. A: 1. [illegible] [illegible]

Sportlerinnen. 100 Meter. A: 1. [illegible] [illegible]

Volksentscheid gegen Panzerkreuzer

Oeffentliche Versammlungen

Dienstag den 11. September
Meißen, Kaisergarten. Referent: Siegfried Rädel, M. d. R.
Heidenau, Schützenhaus. Referent: Bruno Siegel, M. d. L.

Mittwoch den 12. September
Oberfriedersdorf, Kretscham. Ref.: Rudolf Renner, M. d. L.

Donnerstag den 13. September
Reichenau, Kretscham. Referent: Siegfried Rädel, M. d. R.
Lockwitz, Unterer Gasthof. Referent: R. Renner, M. d. L.
Bischofswerda, Zur Sonne. Referent: M. Hoop, Dresden.

Vereinsnachrichten

Turnerschaft Pieschen, Abt. Turner. Heute Dienstag den 11. 9. nach dem Turnen: Abteilungsversammlung bei Walter.
Arbeiter-Samariter-Kolonne Heidenau-Dohna. Donnerstag den 13. 9. um 20 Uhr im Gasthof: Versammlung.
Arb.-Radf.-Bund Solidarität, Ortsgr. Heidenau. Mittwoch den 12. 9. um 19 Uhr im Sportheim: Verwaltungssitzung.
Bluhs, Hauptverein, Jugend: Heute Dienstag den 11. 9. um 19.30 Uhr in der [illegible]: Jugendausschußsitzung.
Arbeiter-Samariter-Kolonne Königsheim e. V. Heute Dienstag den 11. 9. um 20 Uhr im Vereinsheim [illegible]: Übungsabend.

•

Motorradsport Heidenau-Dohna. Da seit einigen Wochen das Gespräch im [illegible] [illegible] in Heidenau [illegible] am 23. September stattfinden kann. Die Ortsgruppe hat [illegible] Österreich, Frankreich, Belgien, [illegible] Rußland und Deutschland. Fahrer aus Nürnberg, Zürich, Köln, [illegible] Berlin, Dresden und Heidenau werden sich in verschiedenen anderen Rennen messen.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Die Berichtsbogen über die Gewerkschaftswerbewoche der Unterbezirke, Arbeitsgebiete und Stadtteile müssen umgehend an die Gewerkschaftsabteilung eingesandt werden.

BL, Sekr.

Mittwoch den 12. September

Stadtteil 3, Zelle 2. 19.30 Uhr im Schwarzen Gesicht, Lohberg 29: Mitgliederversammlung.
Stadtteil 5. 19.30 Uhr im [illegible]: Gewerkschaftssitzung. Jede Zelle entsendet den Gewerkschaftsleiter oder einen Stellvertreter.
Stadtteil 8. 19.30 Uhr im Restaurant [illegible]: Sitzung der [illegible]. Jede Zelle muß einen Vertreter entsenden.
Stadtteil 6 (Plauen). 20 Uhr im Restaurant Zur guten Quelle, [illegible]: Mitgliederversammlung. Thema: [illegible] — Kellogg-Pakt.
Radebeul. 19.30 Uhr im Jugendheim, Bezirke: Mitgliederversammlung mit [illegible]. Referat des Gen. [illegible] über die politische Lage. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Donnerstag den 13. September

Deuben. 20 Uhr: Versammlung mit Sympathisierenden. Referat: Panzerkreuzer — Volksentscheid.

Kommunistischer Jugendverband

Ostsachsen. Alles Jugendmaterial ist sofort, soweit dies noch nicht geschehen, an die Bezirksleitung abzurechnen. — Die August-Fragebogen sind umgehend an die Bezirksleitung einzusenden. BL.

Dienstag den 11. September

Pieschen. Stellen um 19.45 Uhr am [illegible]. Gruppenabend fällt aus. **UB Freital.** 19.30 Uhr im Kinderheim der [illegible]: Leitungssitzung.

Mittwoch den 12. September

Johannstadt. 19.30 Uhr [illegible]: Stellen zur Abendwanderung. Ebenfalls wichtige Besprechung.
Neustadt (Chrina). 19.30 Uhr im Restaurant Mittel: Gruppenabend. Thema: Das Leben Maxim Gorkis. Bringt Gäste mit!

Jung-Spartakus-Bund

Dienstag den 11. September

Groß-Dresden. 19 Uhr im Büro: Leitersitzung. Jeder Leiter und Helfer muß erscheinen.

Mittwoch den 12. September

19.30 Uhr im [illegible]: [illegible]. Die in Frage kommenden Genossen müssen pünktlich erscheinen.
Freital. Ab Mittwoch den 12. September finden wiederum im [illegible] Zusammenkünfte [illegible] statt. Diese Zusammenkünfte finden jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr statt. Arbeiterkinder, kommt zu uns! Arbeitereltern, schickt eure Kinder!

Internationale Arbeiterhilfe

Pieschen. 20 Uhr in der Erdkugel, Markgraf-Heinrich-Platz: Versammlung. Vortrag über Jugend- und [illegible]. Alle [illegible] eingeladen.

Roter Frontkämpferbund

Groß-Dresden. Alle Abteilungen müssen sofort die neuen Rot-Front-Zeitungen und den Roten Kalender Nr. 9 im [illegible] abholen.
Gau Ostsachsen. Die säumigen Ortsgruppen und Abteilungen werden aufgefordert, sofort den Berichtsbogen an die Gauführung für August einzusenden.

Dienstag den 11. September

Abt. 2, Zug 7. 19.30 Uhr bei [illegible]: Zugabend. Pflichtbesuch.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung (E. V.)

Dienstag den 11. September

Freital u. Umg. 20 Uhr im Gasthaus Stadt Dresden: erweiterte Ausschußsitzung.

Tageskalender der Dresdner Theater

Dienstag. Opernhaus: Die ägyptische Helena (19.30). Schauspielhaus: [illegible] (19.30). Albert-Theater: [illegible]. Komödie: [illegible]. Centraltheater: Revue (20). Residenztheater: [illegible] (20).

Mittwoch. Opernhaus: [illegible] (19.30). Schauspielhaus: [illegible]. Albert-Theater: [illegible] (19.30). Komödie: [illegible]. Centraltheater: Revue (20). Residenztheater: [illegible] (20).

Rundfunk!

Dienstag den 11. September

[illegible]

Mittwoch den 12. September

[illegible]

Foto- u. Zeichen-Ausstellung
vom 15. bis 17. September 1928
Veranstaltet von der Ortsgruppe Zittau des T.-V. „Die Naturfreunde“ im Saale des Volkshauses (Schwarzer Adler)
★
Geöffnet: Sonnabend, den 15. Sept. von 14 bis 21 Uhr
Sonntag „ 16. „ „ 8 „ 21 „
Montag „ 17. „ „ 14 „ 21 „
Eintritt: Erwachsene 30 Pf., Jugendliche 15 Pf.

A. verw. Alberts Dresden-A. 19 Schandauer Straße 9
Getreide, Futter- und Düngemittel
Sämereien und Kartoffeln / Telephon 33150

Paßphotos Vergrößerungen Richard Jähnig
Marienstraße 21

Blumen
1. Kinderfeste 1000 St. 3 M., Kränzchen 30 Pf., Ranken 100 m 3 M., Holzstäbe, Papier, Draht, Eichenkränze, Laub, Reifen, u. Ansteckblum. 30, 50, 75 Pf., Wachsperlenketten 60 Pf., am billigsten immer bei **Hesse** nur Schellerstraße 12, pt

ANZEIGEN haben den denkbar besten Erfolg in der **ARBEITERSTIMME**

Restaurant „Zur Wartburg“ Meißen
Großenhainer Straße
empfiehlt sich zur freundl. Einkehr. A. Frendemann

Alle Lebensmittel äußerst billig
Haußwald
PIRNA, Markt 16
6 Prozent Rabatt

Keinen Pfennig sollst du ausgeben, ohne damit auch gleichzeitig deiner Zeitung zu nutzen
dem Geschäftsmann der bei uns inseriert, mußt du stets sagen, daß du gerade deshalb bei ihm deine Einkäufe machst;
welcher Geschäftsmann wird es dann unterlassen, wieder seine Inserate
in der Arbeiterstimme erscheinen zu lassen;
nicht inseriert nur der Geschäftsmann, welcher für seine Abnehmer kein Interesse hat.
● Meidet solche Geschäfte!

Pieschner Vereinshaus
Dresden-Pieschen, Mohn-, Ecke Torgauer Str. / Neue Bewirtung
Besitzer: Karl Hornig
Aller Pieschner Genossen Treffpunkt / Vereinszimmer
Freitag, Sonnabend, Sonntag
Künstler-Konzert

Der Bürgerkrieg in Rußland

Die genaue Kenntnis der verschiedenen Phasen der russischen Revolution — Vorgeschichte, Aufstand, Eroberung der Macht, Bürgerkrieg, Schaffung der Sowjet-Union, und ihr Kampf an den verschiedenen Fronten, — ist für jeden klassenbewussten und in der Arbeiterbewegung tätigen Arbeiter unentbehrlich. Eine knappe, aber gute, übersichtliche und für jeden Arbeiter leicht verständliche Geschichte der russischen Revolution bietet die "Illustrierte Geschichte der russischen Revolution 1917" und die "Illustrierte Geschichte des Bürgerkrieges in Russland 1917/21". Das sind Bücher, die in keiner Arbeiterfamilie fehlen dürfen.

N. Bucharin

Lichtspiele Freiberger Platz
Täglich der große Erfolg und **ausverkauft!**
Harry Piel

in
Mann gegen Mann
10 sensationelle Akte und der lustige Teil (4 Akte)
Einlaß 16 Uhr ★ Beginn 16⁰⁰, 18⁵⁰, 20⁴⁰ Uhr

Streiflichter vom Gewerkschaftskongreß

Der Kongreß der Verbandsangestellten hat sich gut gesichert — vor der Hamburger Arbeiterschaft. Hermetisch bleiben seine Türen den Betriebsarbeitern, die als Delegationen ihrer Betriebe Einlaß fordern, verschlossen. Vierschrötige Gestalten bewachen den Eingang zum Paradies — der Wirtschaftsdemokratie. Nur ganz stubenreine Leute erhalten Tribünenkarten — beileibe kein Kommunist. Trotzdem muß jeder Tribünenbesucher noch 3 strenge Kontrollen durchlaufen, ehe er die salbungsvollen Weisheiten verbürgerlichter Arbeitervertreter genießen darf. Die „Erwählten" fürchten, daß sie von der „Liebe" der Hamburger Arbeiter erdrückt werden könnten.

•

Nicht eine einzige rote Fahne ist im Saal. Lediglich der Bühnenvorsprung ist rot drapiert. Im Hintergrund steht die Büste vom Stinnesfreund Karl Legien. Sein arbeitsgemeinschaftlicher Geist schwebt über dem Kongreß. Er ist das Symbol. Sehr gut, daß im Saale kein Bild von Karl Marx zu sehen ist. Er hätte sich, glaube ich, im Grabe umgedreht.

•

Leipart eröffnet die Tagung. Mit gut gespielter Entrüstung verdreht er den Reichsbannerüberfall auf die freie Gewerkschaftsjugend am Sonnabend in einen Ueberfall der Kommunisten. „Verbrechergesindel" bezeichnet er die Hamburger Arbeiter, die sich von den Gummiknüppeln und Schlagringen des verhetzten Reichsbanners nicht widerstandslos verprügeln ließen. „Heraus mit den kommunistischen Pressevertretern" brüllt mutschnaubend die ganze Meute der wohlgenährten Verbandsbeamten. Die Pressevertreter werden von den „Ordnern" zum Saal hinausgeworfen. Der anwesende volksparteiliche Wirtschaftsminister Curtius schmunzelt — so wünscht sich das Trustkapital die Gewerkschaftsführer.

•

Ueberhaupt — zwei Minister anwesend! — welch ein Erfolg! Da müssen natürlich die Kommunisten raus. Die Minister könnten sonst übelgelaunt werden. Der Volksparteiler und Vertreter des Trustkapitals spricht — vielmehr er liest ab. Andächtig lauschen die Jünger der Wirtschaftsdemokratie den schwerkapitalistischen Weisheiten. Stürmischer Beifall dieser „Arbeitervertreter" lohnt dem Herrn Minister. Draußen stehen Arbeiterdelegationen, die nicht herein dürfen. Ja, wir haben es herrlich weit gebracht!

•

Kraus, als Vertreter der nach dem Berliner Mandatsraub noch 3 Mann starken Opposition, spricht. Stolz solidarisiert er sich mit dem „Verbrechergesindel" in der Kommunistischen Partei. — Wütendes Gebrüll der in ihrer Ruhe gestörten Spießer antwortet ihm. „Haut ihn raus!" tönt es von allen Seiten. Sachliche Dokumente prallen hier glatt ab. — Faschisten? Wie leicht könnte auch in freier Rede ein falscher Ton unterlaufen, der das Trustkapital verstimmen würde. Wie leicht könnte es dem Bundesvorstand, wie beim Professor Hermberg in Breslau, passieren, daß das Referat das Gegenteil von dem beweist, was opportum ist.

Alle Reden der Vorstandsreferenten werden Wort für Wort vorher vom Bundesvorstand festgelegt.

•

Ein Zwischenfall — Herr Leipart hat sich bei der Eröffnungsprovokation heiser gekreischt. Er mußte seine professorale Vorlesung unterbrechen. Peter Graßmann mit dem Feldwebel-Schnauzer liest weiter, die Regierungs- und Pressevertreter haben alle Reden schon gedruckt vor sich liegen. Nur die Delegierten müssen die Qual der eintönigen Vorlesungen über sich ergehen lassen. Man kann in Zukunft die Kongreßkosten sparen, wenn man jedem Delegierten die Reden ins Haus schickt. Ihre Diskussionsreden wandern doch in den Papierkorb. Die Zustimmung können sie auch per Post an den Bundesvorstand schicken.

•

Die drei Oppositionsredner werden niedergebrüllt oder verhöhnt. Da steht ein SPD-Betriebsdelegierter auf und macht seiner Empörung in bitteren Worten Luft. „Wenn hier Kollegen aus den Betrieben sitzen würden, fielen die Beschlüsse anders aus. 90 Prozent der Kollegen in den Betrieben denken anders als ihr!" — Verlegenes Schweigen. — Es ist einer der ausgesiebten Delegierten aus der Reihe getanzt. Die Stimme der durch Panzerkreuzer und Arbeiterverrat erbitterten SPD-Arbeiter ist laut geworden. Klar, daß der Referent im Schlußwort „vergißt", auf diese Anklagen zu antworten.

Tarnows Kollege vom Holzarbeiterverband, Schleicher, Berlin, versetzt dem Vorstand einen „heimtückischen" Dolchstoß von hinten. Nachdem er im Schlußwort wegen „Unhöflichkeit" abgekanzelt worden war, erklärt er: „Ich bin aus dem lohnpolitischen Ausschuß des Bundesvorstands ausgetreten, weil ich eine Körperschaft, die nie zusammentritt, nicht mit meinem Namen vor den Kollegen decken will." Es wird verständlich, mit welchem Eifer das Lohnproblem vom Vorstand behandelt wird, wenn schon dieser rechte Schleicher rebelliert.

•

Am Schluß des zweiten Verhandlungstages warnt Brandes vor „kommunistischen Störungstrupps", die Jonny Ehrenteit vor dem Gewerkschaftshaus gesehen haben wollte. Vielen fiel das Herz in die Hosen. Erleichtert atmeten sie auf, als auf der Straße kein Mensch [illegible] war. Die Bolschewistenangst hatte dem „[illegible]" [illegible] wieder [illegible] einen Streich gespielt. Oder sollten diese „Dreimal-†††-Kommunisten" sich gar schon unsichtbar machen können?

•

Wie leicht konnte es möglich sein, daß so ein Bolschewist sich trotz aller Vorsichtsmaßregeln doch auf die Tribüne schleichen würde. Denen ist alles zuzutrauen. — Panischer Schrecken durchzittert das Gebein der ehrenwerten Spießbürger, als das Blitzlicht einer Momentphotographie aufflammt. Eine Bombe? — Gott sei Dank — es knallt nicht! Ein verzerrtes Lächeln kündet noch nachträglich die ausgestandene Angst der furchtsamen Gemüter. Nur der Vorstand hatte Bescheid gewußt — er hatte sich rechtzeitig in Positur gesetzt. Am nächsten Tage warnte der Photograph: „Achtung, nicht erschrecken!" Brandes vom Bureau beruhigt: „Es gibt wieder eine Explosion!" Ja, ja, die bösen Kommunisten!

•

Am Dienstag Empfang beim Senat. — Mit einem gediegenen Essen — versteht sich! Salbungsvolle Reden des demokratischen Oberbürgermeisters und Peter Graßmanns. Draußen einige hundert SPD-Sportler, die den Kongreß nach der festlichen Abfütterung auf Kosten der Steuerzahler, begrüßen. Strenge hermetische Absperrung durch die Polizei des SPD-Mannes Schönfelder, sonst wären die „armen gehetzten" Delegierten schließlich von den Tausenden revolutionären Arbeitern Hamburgs, die außerhalb der Polizeikette standen, vor „Begeisterung" fast erdrückt worden. Ihre „Begeisterung" machte sich in lauten Zurufen, wie „nieder mit den Panzerkreuzersozialisten!" Luft.

•

„Auf der Reeperbahn in St. Pauli nachts um ½1 . . ." Klar, daß der Mensch nach so viel Anstrengungen auch Erholung braucht. Im „Alkazar"-Nacktkunst-Varieté konnte man um diese Zeit Herrn Kollegen Nörpel, den sozialpolitischen Spezialisten des ADGB in trauter Gemeinschaft mit dem deutschnationalen Herrn Ministerialdirektor Sitzler, dem sozialpolitischen Spezialisten der Unternehmer im Reichsarbeitsministerium, bei einer Pulle Wein sitzen sehen. Ja, das ist die Wirtschaftsdemokratie, ihr Proleten. Auch viele andere, weniger berühmte Zeitgenossen, machten die Reeperbahn unsicher. Hier brachten sie sich in eine animierte Stimmung, um am Mittwoch die Naphtalische Wirtschaftsdemokratie besser zu verdauen.

•

Der bürgerliche Journalist Naphtali, ein neubackener Reformist, spricht. Versucht, der wesenlosen Wirtschaftsdemokratie Leben einzuhauchen. Es gelingt ihm nicht. Trotzdem finden seine unmarxistischen Plattheiten die Zustimmung dieser Auch-Sozialisten. Dem bürgerlichen Apostel der Wirtschaftsdemokratie, der ihnen die neue Heilsbotschaft zur Massenverdummung bringt, jubeln sie zu. Die neue und doch so abgeklapperte Theorie von der Klassenversöhnung soll sie vor den besseren Arbeitsbedingungen und höhere Löhne fordernden Arbeitern retten.

•

Tarnow versucht, den starken Eindruck der marxistischen Wahrheiten, die dem Wirtschaftsdemokraten vom Oppositionsredner Kraus ins Gesicht geschleudert wurden, zu verwischen. Unter dem Beifall der geistig armen versteigt Tarnow sich zu folgender Verballhornisierung des Lehrmeisters vom Klassenkampf: „Wenn Karl Marx noch leben würde, wäre er bei uns und würde an Stelle von Naphtali das Referat über Wirtschaftsdemokratie halten!"

Sächsische Gewerbeaufsicht 1927

Von A. Liebetasch

Betriebsräte und Unternehmer

Nach dem Bericht erblicken die Unternehmer in den Betriebsräten eine „überflüssige Einrichtung". „Bei uns gelten nur die Anweisungen der Betriebsleitung", ist eine oft wiederkehrende Antwort. In einer ganzen Reihe von Betrieben, wo keine Betriebsvertretung besteht, hat der Berichtende den Eindruck, als ob die Arbeiter und Angestellten bei Uebernahme solcher Posten „Nachteile für ihr Fortkommen" befürchten. Diese ahnungslosen Engel von Beamten wollen nichts von den Maßregelungen der Betriebsräte und dem Kampfe der Unternehmer gegen dieselben wissen. Dabei zeigen sie in ihrem Bericht selbst, wie in einer Strumpffabrik ein tätiger Betriebsrat sich vom Unternehmer kaufen ließ, daß ein anderer Unternehmer zwei Jahre lang um die Amtsenthebung seines Betriebsrates kämpfte und ihm zum Schlusse 2000 Mark Abfindung gab, um ihn nur los zu werden. „Manche Unternehmer empfänden es als eine persönliche Beleidigung, wenn die Beamten nach dem Betriebsrat fragten." **Nach dem Dresdner Bericht soll die Voreingenommenheit der Unternehmer auf „Unkenntnis der Gesetze" beruhen.**

Aus Limbach wird gemeldet, daß der Unternehmer die Arbeiter damit gegen den Betriebsrat aufzuputschen versuchte, indem er ihnen erklärte, daß sie keine Ueberstunden machen dürfen, daran sei der Betriebsrat schuld. **Ein anderer Unternehmer hat seinen Betriebsrat zum Schutzmann degradiert, der die Aborte und Spucknäpfe kontrollieren mußte. Damit erreichte er, daß kein Arbeiter mehr Betriebsrat machen wollte.**

Die Aufsicht hat sich „bemüht", dem Betriebsrätegesetz Geltung zu verschaffen. Aus den 6 Bezirken Bautzen, Zittau, Annaberg, Dresden, Leipzig und Zwickau werden 1087 **Hinweise und gütliche Vorstellungen** an die Unternehmer zur Wahl eines Betriebsrates oder Obmannes gemeldet. 8 weitere Bezirke melden keine solche Betätigung, obwohl die Verhältnisse hier nicht besser waren.

Tarifverträge — Arbeitsordnungen!

In Verbindung mit dem Arbeitszeitnotgesetz vom 14. April 1927 macht sich eine Bewegung zum Abschluß neuer Tarife bemerkbar. Dabei war die Hauptsache die tarifliche Festlegung von Ueberstunden über die Bestimmungen des Arbeitszeitnotgesetzes vom 14. April 1927 hinaus. **Die Unternehmer schlossen nur deshalb mit den Gewerkschaften Tarife ab, damit sie mehr Ueberstunden machen konnten, als ihnen das Gesetz zugestand.** Nach dem Bericht „siegte bei den Unternehmern die Erkenntnis, daß auf anderem Wege die Einführung von Mehrarbeit doch sehr erschwert war." Nur in Innungskreisen ist der Widerstand gegen Tarifabschlüsse noch nicht ganz überwunden. Die Zahl der Tarifverträge war Ende 1927 auf Grund der „Erkenntnis der Unternehmer" von 793 auf 929 für Sachsen gestiegen. Dabei wird berichtet, daß seit 1923 die Gerichte, deren Standorte genau so wie die betreffenden Firmen schamhaft verschwiegen werden, den Unternehmern Recht gegeben haben, die mit ihrer Belegschaft sogenannte „Werktarife" mit niedrigeren Löhnen und 12stündiger Arbeitszeit abgeschlossen haben. Obwohl § 137 der GO in Bezug auf die Arbeiterinnen verletzt war, wurde den Unternehmern der gute Glaube zu- und sie in allen Instanzen freigesprochen. **Die Gerichte schützen die Unternehmer vor „übereifrigen" Aufsichtsbeamten, wenn diese wirklich glaubten, daß die Unternehmer an die Gesetze gebunden seien!**

(Schluß folgt.)

Ortsausschuß Löbau des ADGB. In der letzten Sitzung sprach nach Verlesung des Protokolls der Kollege Genencher zu dem Punkte Rote Fahnen (Kaserne) und stellte richtig, daß nicht der 2., sondern der 1. Bürgermeister das Flaggenverbot erlassen habe (??). Der Reichsbannermann lud darauf die Kollegen ein, an der Enthüllung eines Fritz-Ebert-Denkmals am Eingang der katholischen Anlagen teilzunehmen. So hat nun Löbau auch sein Ebert-Denkmal. An dem anderen Eingang der Anlagen wird wahrscheinlich Noske sein Ehrenmal erhalten. Dann wurde hingewiesen auf die Notwendigkeit der besseren Ausbildung der Jugend durch das Jugendkartell. Genosse Baldauf weist darauf hin, daß sich die Arbeitersportbewegung an der Eisenbahn in Löbau immer mehr ausbreitet. Zur Unterstützung der Arbeitersamariter soll von jedem Mitglied ein einmaliger Beitrag von 3 Pf. geleistet werden. Genosse Baldauf frug noch wegen der Gerüchte an, die betr. der Unterschlagungen bei den Arbeitersamaritern in Umlauf sind, erhielt aber darauf keine Antwort.

Verantwortliche Redakteure: für Innen- und Außenpolitik: Rudolf Renner; für Lokales, Gewerkschaftliches, Sport und Feuilleton: Richard Spenger; für den Inseratenteil: Arthur Barfert; sämtlich in Dresden. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft. — Druck: „Peuvag" Druckereifiliale Dresden

STÄDTE UND JAHRE

Roman aus dem alten Deutschland und dem neuen Rußland von Konstantin Fedin

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Russischen v. Dmitrij Umanskij

Copyright by Malik-Verlag, Berlin

(48. Fortsetzung)

Hinter dem Gitter drang das nicht endenwollende Geheul hervor:

„A—a—a—au!"

Jemand aus der Menge erkannte die blauen Lappen der Uniform und rief:

„Ein deutscher Soldat!"

Und sogleich flatterte das beängstigende Wort über die Köpfe empor und schlug mit den Flügeln:

„Ein Soldat! Ein Soldat! Ein deutscher Soldat!"

Eine dünne, durchdringende, fast winselnde Stimme flog bis unter das Dach zur Zitadelle empor:

„Was ist geschehen, Kamerad?"

Aber als Antwort darauf breitete sich nur derselbe verzweifelte Schrei über den Platz aus:

„A—a—a—au!"

Andrej stand in einiger Entfernung von der Menge. Er preßte die Zähne fest zusammen und drängte mit seinem ganzen Körper hinauf zur Festung. Ihm schien, daß irgendeine schreckliche Kraft den schreienden Menschen die ganze Zeit von dem Fenster wegzureißen versuchte, daß sich aber seine Hand an die Luft, an das Licht klammerte. Er sah deutlich die Finger, die die Gitterstangen krampfhaft hielten, er sah ganz deutlich, als hätte sich vor ihm die Mauer aufgetan, wie der gefangene Soldat mit der ausgestreckten Hand nach Licht und Luft haschte. Plötzlich dünkte es ihm, daß Menschen, kalt und ohne Antlitz, an den Füßen des Soldaten hingen und ihn auf den Rücken schlugen, bemüht, ihn von dem Gitter loszureißen. Fast hätte er zusammen mit dem Verhafteten über den ganzen Stadtplatz hingeschrien:

„A—a—au!"

Da ertönten dicht an Andrejs Ohr kurze, klingende Laute:

„Bonjour, bonjour, bonjour!"

Andrej wandte sich um. Ein niedriger steifer Hut saß tief über einem Gesicht, das unbeweglich war wie eine Maske.

„Monsieur Percy!"

„Ja, Monsieur Percy, der bin ich! Man hat beschlossen, mich in diesen Sack zu stecken."

Monsieur Percy deutet mit dem Finger auf die Festung.

„Dort geht es, wie Sie sehen, lustig zu!" Er blinzelte auf die sich ans Gitter klammernde Hand.

Andrej blickte zurück. Zu beiden Seiten des M. Percy standen zwei stramme junge Soldaten. Mit offenem Mund blickten auch sie auf die Festung.

Der Tumult der Menge ergriff auch sie, bestürzt und verwirrt vergaßen sie ihre Pflicht. Neben M. Percy schwankte, die Hände auf dem Rücken, ein Mensch in gestrickter Jacke. Das lange, unrasierte, von Fett glänzende Schnurrbarthaar machte sein Lächeln weich und zärtlich. Das Lächeln wurde immer breiter, erhellte seine lichten Augen, entblößte seine gelblichen, abgestumpften Zähne, und plötzlich wehte eine leise Stimme mit zärtlicher Wärme an Andrejs Gesicht.

„Erinnern Sie sich?"

„Meister Maier? Sie — — —?"

Meister Maier nahm Andrej bei der Hand und schüttelte sie ein wenig wohlwollend wie die eines Kindes.

„Nicht Meister Maier," sagte er leise wie zuvor, „sondern Vaterlandsverräter. Was soll man tun? Ich habe immer gesagt, daß alles, was sich da abspielt, eine Schweinerei ist. Man nennt mich einen politischen Verbrecher. Vielleicht ist es ein Verbrechen, daß ich gegen den Krieg bin? Was sagen Sie dazu?"

„Wie ist das alles geschehen? Wie kommen Sie hierher?"

„Sehr einfach. Es handelt sich eben darum, daß ringsum lauter Schweinerei ist! Wie geht es Ihnen, lieber Herr Starzow?"

„Sagen Sie mir lieber, wie es Kurt geht?"

Die Unruhe auf dem Stadtplatz hatte sich gelegt, aber die Menge ging noch immer nicht auseinander. Die Hand des Häftlings war verschwunden, das zerschlagene Fenster gähnte schwarz und leer, die Schreie waren nicht mehr zu hören. Die Begleitsoldaten besannen sich, und der eine, der jüngere und flinkere, schrie Andrej an:

„Unterhaltung ist nicht gestattet!"

„Warum sind Sie stehengeblieben?" sagte der andere, Percy an den Ellenbogen stoßend.

Der sagte „Adieu!", lüftete seinen steifen Hut und schritt der Zitadelle zu.

Meister Maier hatte nur noch Zeit, Andrej mit dem Kopf zuzunicken und zu sagen:

„Herr Wann ist schon über ein Jahr in Gefangenschaft bei euch in Rußland."

Dann marschierte er militärisch los und ging Schulter an Schulter mit M. Percy weiter. Die Wache faßte die Gewehre wieder bequemer.

Andrej sah, wie sie sich dem Tore der Zitadelle näherten und vor dem Wachtposten stehenblieben. Das im Tor ausgeschnittene niedrige Pförtchen öffnete sich langsam und verschlang M. Percy, Meister Maier und die Soldaten. Es blieb lange offen. Ein Offizier trat heraus, marschierte abgemessenen Schrittes über den Weg, der die Festung umringte, hielt vor der Menge inne, hob die Hand empor, um zu zeigen, daß er etwas sagen wollte, und brach mit einem metallischen Schrei gegen die Menge los:

„Auseinandergehen! Es ist nichts geschehen. Ein Sträfling ist geisteskrank geworden und ist schon ins Lazarett gekommen."

Maries und Andrejs Köpfe sind tief über den Tisch gebeugt. Auf dem Tisch ist der Plan der Villa Urbach und der benachbarten Güter ausgebreitet. Marie fährt mit dem Bleistift darüber hin. Ihr Haar fällt in verwickelten Strähnen auf den Plan herab, und im gelblichen Licht der Lampe leuchtet ihr Haar wie ein helles Netz. Lichtflecke zittern auf den Händen und auch auf der farbigen Planzeichnung, bald verweilt der Bleistift auf irgendeinem Punkt, bald kriecht er wieder in gebrochenen Linien weiter.

„Von hier," sagt Marie, „gelangst du in zwanzig Minuten zum Waldposten sieben. Von dort mußt du den Weg nach links in westlicher Richtung nehmen!"

„Warte, ich zeichne es mir auf!"

Andrej zeichnete auf einem Stück Papier eine krumme Linie und teilte sie mit einem dicken Strich in zwei Teile:

„Nach Westen. Weiter!"

„In zwanzig Minuten findest du rechts einen Graben. Das ist die Grenze. Aber hier darfst du sie nicht überschreiten; hier sind immer Leute. Du gehst gerade bis zur Wegkreuzung, siehst du — hier —, da steht der Grenzposten. Hier stehen unsere Soldaten. Und dann weiter — immer geradeaus! Die Grenze liegt hier nördlich vom Weg. Ich glaube, daß du nach dreiviertel Stunden in den Wald einlenken und hier über die Grenze kommen kannst. Ich weiß, daß die Bauern hier immer hinübergehen. Diese Stelle ist öde und menschenleer, man muß nur acht geben."

Andrej erhebt sich und geht im Zimmer auf und ab. Wenn er sich der Lampe nähert, sieht man, daß sein Gesicht von Sorgen durchfurcht ist.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

D | Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen | D

Briesnitzer Mineralbrunnen
ärztlich empfohlenes Tafelwasser / Desgleichen mit Zitronen- und Himbeer-Aroma / Überall zu haben

Gebr. Haubold
Flaschenbier-Großhandlung
Blumenstraße 43

Wenns keiner macht? **Oswald Machts!**
Möbel aller Art
Hauptlager: Kaulbachstraße 31, I.
Ecke Pillnitzer Straße
Zahlungserleichterung

Willy Ranft, Josephinen-Straße 20
Schuhbesohlanstalt
Herren: Sohlen und Absätze M. 3.80
Damen: Sohlen und Absätze M. 3.—

„Atlantic"
Deutsche Seefischvertriebs G. m. b. H.
Zweigniederlassung Dresden-A. 1
Annenstraße 16 / Fernspr. 17545

Weiß-, Brot- und Kuchenbäckerei
Paul Rost, Rosenstraße 29

GEBR. RISSE
Zigarren-Spezialgeschäfte
DRESDEN-A.

Berufskleidung
A. Altus
43 II Große Brüdergasse 43 II

R. NICOLAI
Kleine Kirchgasse 1
Wander- und Kletterportartikel

ANTONSMARKTHALLE
Rest. Markthalle Antonsplatz
Inh.: Paul Großmann

Hugo Richter
Hintere Halle
Stand 207

Rudolf Zieler
Fleisch- und Wurstwaren
Stand 197/199

Wo? Wo? Wo?
kaufe ich
Strümpfe / Handschuhe / Damenwäsche
Trikotagen / Herrenartikel / Bettwäsche
und Baumwollwaren / Steppdecken und
Tischdecken spottbillig ein?
Nur
Wäsche- u. Baumwollhaus
Frauneck
Schössergasse 9
Ecke Frauenstr.

LESER
DER ARBEITERSTIMME
benutzen bei ihren Einkäufen nur
die Geschäfte unserer Inserenten!

SEIDEN-HAUS Jacoby
DRESDEN-A., ALTMARKT 6
STETS DAS NEUESTE
IN SEIDE UND SAMT

Überall
die vorzüglichen
Dresdner
Genossenschafts-
Biere

Werkzeuge
Eisenwaren
Holzwaren
Gartengeräte
E. Harnapp
Dresden-A., Kreuzstr. 1

Wilhelm Hüneburg
Spezialgeschäft für
Herren- und Knabenbekleidung
sowie Berufskleidung
Große Auswahl zu den denkbar niedrigsten Preisen / Ausgesucht gute Qualitäten und Passform
Dresden-A. 1, Wettinerstraße 35/37
Besuch meines Lagers auch ohne Kaufzwang gern gestattet

Angermanns Restaurant u. Café
II. Speisen u. Getränke / Untersuchungszimmer

Restaurant „STIFTSHOF"
II. Speisen zu jeder Tageszeit / Vereinszimmer

Das weltberühmte Puch-Rad
Sieger- und Ehrenscheinfrei

Uni-Rad-Verkaufs-Ges. m. b. H.
Dresden-A.,
Waisenhausstraße 3
Preis 775 Mark / Günstigste Ratenzahlungen

Drogenspezialhaus
Kräutergewölbe / Farben
Spalteholz & Bley
Pillnitzer Straße 20
Tel.: 13133 / Gegr. 1865

DR.-FRIEDRICHSTADT

Bellevue Freitag, Sonnabend u. Sonntag
ff. Ballmusik
Waltherstr. 27 Saal u. Vereinszimmer bestens empfohlen

Zum Schäfer
Einkehrstätte aller Arbeiter
Schülerstraße 52

Weißeritzburg
Restaurant u. Stehbierhalle
beliebte Einkehrstätte nach getaner Arbeit — Besitzer **Otto Schultze**

Kolonial- und Grünwaren
Arthur Friedrich
Vorwerkstraße 11

Dem Geschäftsmann sein Geld, der es mit unserer Zeitung hält

DRESDEN-NEUSTADT

Restaurant Franz Nittel
Verkehrslokal der freiorganisierten Arbeiter / Fritz-Reuter-Straße 11

Glau & Pötschke
Mineralwasser-Fabrik
Bier - Großhandlung
Industriegelände, Eingang C

Flaschenbiere
Sauerbrunnen
Ernst Glau
Königsbrücker Str. 15

Schubert & Sachse
Flaschen- und Siphon-Biere
Förstereistraße 13 / Fernruf: 50135

Drogerie Otto Kuhnt
Hechtstr. 42 b, Holzhausstr. 9 b
Farben — Lacke — Pinsel — Photo-Bedarfsartikel

DRESDEN-PIESCHEN

Moltke-Apotheke
Leipziger Straße 150

Hausschl. Fleisch- und Wurstwaren
August Noack, Fleischermeister
Torgauer Straße 43

LÖBAU

Billig lebst Du, wenn Du stets gesund . . . dazu verhilft Euch allen
Reformhaus Löbau
Vollwertige Lebensmittel
Äußere Bautzener Str. 17
gegenüber der Pestalozzischule

Kaufhaus Lachmann
Nicolaistraße 2
Kinderbekleidung
Wäsche / Wollwaren

Schuhhaus Franz Sommer Nachf.
Neumarkt 6

DRESDEN-LOBTAU

Max Herzog / Kesselsdorfer Straße 19 / Weine, Liköre, Spirituosen

Gasthof und Ballsaal Bürgergarten Lubecker Straße 16
Freitags u. Sonntags med. Ball / Verkehrslokal der Dresdner Arbeiterschaft

Kauft bei Möbel-Kärgel Grenzstraße 3, am Gasthof Wölfnitz
Günstige Teilzahlung

Fertig ist der Lack
von
Friedrich & Glöckner
DRESDEN-A. 28.
Freiberger Straße 120 — Kesselsdorfer Straße 56

Umzüge
Fern-transporte
Lohnfuhren
bevorzugt gewünscht
Rich. Kahls
Kesselsdorfer Str. 54
und Herbertstraße 25
Telephon 16 564

RICHARD ADAM
Wernerstraße (gegenüber Kirche)
Holzwaren / Spez.: Holzleisten / Tabakwaren

Storch-Drogerie
Willy Heinrich
Kesselsdorfer Str. 61

Die seit 40 Jahren bestehende Firma
BLOUSENECKE
Webergasse, Ecke Altmarkt
hat ein Zweiggeschäft in der
Kesselsdorfer Straße 14
eröffnet, mit Spezialabteilung für Kleider, Blusen, Strümpfe, Handwollwaren, Wäsche, Herrenartikel und Kurzwaren

Friseur A. Klemm, Kronprinzenstr. 8
Spez.: Herren- u. Bubikopfschnitt

Fleisch- und Wurstwaren Curt Arras Kronprinzenstraße Nr. 18

Fahrräder / Grammophone / Wringmaschinen
Richard Lehmann, Thurandter Str. 72

Hermann Herberg
Kesselsdorfer Straße
Hüte / Pelze / Mützen

RICHARD HENNIG
Kohlenhandlung, Altoner Str. 15

Ernst Berthold
Kesselsdorfer Str. 1, Ecke Blasewitzstraße
Obst / Südfrüchte
Konserven / Grünwaren

Schuh- und Filzwaren
empfiehlt preiswert
ARTHUR ENGE
(vorm. Gustav Hauschmann) Kesselsdorfer Straße 30

Schuh- u. Filzwarenhaus
WALTER MÜLLER
Kesselsdorfer Str. 61 / Bei Barzahlung 6% Rabatt in Edeka-Sparmarken

Beerenweinschenke
SCHRAMM
Familien-Ausflugsort / Kinderspielplatz
Niedergorbitz - Neunimptsch
Straßenbahnlinie 7 bis Wölfnitz, an der verlängerten Grenzstraße. Autobuslinie A bis Post Gorbitz. Telephon 29 421

MUNCKNER & MÖBIUS
OPTIK / PHOTO
Kesselsdorfer Straße, Ecke Blasewitzstraße
Schülerstraße 16 / Krankenkassenlieferant

Zum Weinbauer COTTA Hebbelstraße 22

FREITAL-POTSCHAPPEL

Herren-Modehaus
5% Rabatt Hnulik
gegenüber der Heimbühne
Konfektion / Herrenartikel / Tuche

Hermann Fischer, Untere Dresdner Str. 106
Schuh- u. Filzwaren sowie sämtl. Reparaturen

Robert Uhlig Möbeltischlerei
Unt. Dresdner Str. 52

Eisenwaren / Haus- u. Küchengeräte
Louis Köhler, Dresdner Straße 62

OTTO SILBERMANN
Haupt- u. Zweiggeschäft

Manufaktur u. Modewaren
Carl Paul
Unt. Dresdner Str. 56 @ 5% Rabatt

Möbel aller Art
Werkstätten Karl Franc
Untere Dresdner Straße 4

Bruno Köper, Untere Dresdner Str. 108
Herrenartikel / Filz- und Pelzwaren

Albin Forke
Fahrräder / Nähmaschinen
Wringmaschinen / Grammophone

DRESDEN-COTTA

Oswin Richter Cossebaudersstraße 1 / **Eisenwaren / Werkzeuge Haus- und Küchengeräte**

Flaschenbier-Handlung
Selterwasser, Limonaden / Tel. 12387
Friedr. Helber, Klopstockstr. 50

Hermann Hühnel Schuhwarenhaus
Wurzbner Straße 22

Elsa verehl. Meinhart
Kohlenhandlung — Klopstockstraße 50

WEIDENTAL-DROGERIE
Alfred Rudolph, Gottfried-Keller-Straße 8

LEBENSMITTEL
Lydia Bergemann, Meißner Landstraße 1

Alfred Zilger, Meißenerstr. 12 / Motorräder, Fahrräder, Nähmaschinen / Reparaturen

DRESDEN-PIESCHEN

Flaschenbier-Großhandlung
Aug. Musch
Osterbergstraße 13

HEIDENAU

Fahrräder / Nähmaschinen
Paul Mildner, Güterbahnhofstraße 13

Honigkuchen-Bäckerei
Ernst Schuster, Rehefelder Str. 72
empfiehlt sich bei Gelegenheiten und Sommerfesten

Fahrräder Nähmaschinen **Arthur Franke** Pirnaer Str. 40

Ida Woll sämtliche Textilwaren
Arbeitskleidung
Pirnaer Straße 28 (Pirnaesium)

Farben/Lacke
preiswert u. gut
Mickiener Lack- und Farben-Zentrale
Leipziger Str. 170 (Gasthof Mickten)

Konfektionshaus Ehrhardt Taubmann
Pirnaer Str. 10 (gegenüber dem Filmpalast)

Schuhzentrale, Königstraße
neben K.-V. Vorwärts
Billigste Bezugsquelle am Platze

KAFFEEHANDLUNG
Gerh. Glantz
Torgauer Str. 12 b, Ecke Konkordienstraße

Bierhandlung
H. Großpietsch & Sohn
Hauptstraße 53

Gaststätte „Bürgerhof"
Bürgerstraße 29 / Telephon 57429
Verkehrslokal der organisierten Arbeiter
2 Kegelbahnen

Modehaus Ehlig-Lüttich
Bahnhofstraße 10

BISCHOFSWERDA

Täglich frische Milch, Butter, Sahne und Käse
Bischofswerdaer Käserei
Schmiedeberg Weg 1 / Inh.: Hugo Pretzsch

Weiß-, Woll- u. Modewaren
Wilhelm Sprechert
a. d. Pestalozzischule

ANZEIGEN
haben den denkbar besten Erfolg in der
ARBEITER STIMME

Fahrrad-Haus M. Schreier
Schmiedegasse 2

Bau- und Möbeltischlerei
Möbelhandlung
Ew. Schmelzer jr., Bismarckstr. 17

DRESDEN-PROHLIS

Die gute, echte
Holsteiner
Margarine und K. Kaffee erhalten Sie nur in der Verteilungsstelle
Walter Ziegler, Finkenweg 5
10 Prozent Rabatt — 10 Prozent Rabatt

Schuhwaren-Haus
Paul Hummel Altmarkt

Richard Lehnigk
Kamenzer Straße 1
Modewaren — Herrenartikel
Damen- und Kinderkonfektion

Max Schwager, Fleischerei
Tornaer Straße 86

I. Fleisch- und Wurstwaren
Paul Franzel, Bahnhofstraße 9

ZSCHACHWITZ

MAX RIEPER
Fahrräder / Nähmaschinen / Motorräder / Reparaturen / Teilzahlung
Bei Abgabe des Inserates 5 Prozent Rabatt

Hermann Schulze, Helmsdorfer Str. 9
Groß- und Feinbäckerei

FREITAL-DÖHLEN

Das gute Döhlener Bier

Werbt neue Leser für die **Arbeiterstimme**

FREITAL-POTSCHAPPEL

ECKSTEIN Central-Kaufhaus **Alle Waren** riesig billig

SLUB
Wir führen Wissen.